

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,70 Mark. Ohne Zustellungsgebühr. Vertretung: Druck-Vertriebs-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg o. BmbH., Halle, Verdenstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Reklamentexte zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Kontaktperson: Gammert u. Fritsch-Ges. Halle. Vertriebskontos: Leipzig 100948 Fritz Kreis Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 26. Juli 1927

7. Jahrgang * Nr. 173

45 Jahre Zuchthaus für Kommunisten

Das Stuttgarter Schreckensurteil ein Auftakt zur neuen Terrorwelle — Heraus zum Protest!

(Eig. Meldg.) Stuttgart, 25. Juli.

Gegen 11 Uhr nachts verkündete Niedner das Urteil. Verurteilt werden:

- Genosse Bailard 8 Jahre Zuchthaus,
- Genosse Braune 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus,
- Genosse Stegmeyer 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus,
- Genosse Gäßner 13 Jahre Zuchthaus,
- Genosse Räßler 5 Jahre Zuchthaus,
- Genosse Groß 6 Jahre Zuchthaus,
- Genosse Strauß 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus,
- Genosse Daniel 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Gegen die Genossen Lämle, Kuff, Frel, Heppeler und Kühle wird das Verhaftungsgebot, insgesamt sind 44½ Jahre Zuchthaus und 2½ Jahre Gefängnis verhängt worden. Während der Urteilsverkündung war das Landgerichtsgelände von einem großen Polizeiaufgebot in weitem Umfange abgeriegelt. In den Nebenstrafen hatten sich Hunderte von Arbeitern eingefunden, die die Bekanntgabe des Urteils mit ungeheurer Empörung entgegen nahmen.

Das Stuttgarter Terrorurteil ist im Sinne der blutigen Anträge des Reichsanwalts ausgefallen. Die Niedner-Zucht triumphiert. 45 Jahre Zuchthaus für Revolutionäre — das ist die Antwort der faschistischen deutschen Bourgeoisie auf Wien. Und dieses Urteil wird gefällt, nachdem der gesamte Verlauf des Prozesses die Unhaltbarkeit der Anklage beweist. Mit Auslagen von notorischen Spiegeln und Propagandateuren sollte bewiesen werden, daß die Angeklagten an der Ermordung eines Kriminalbeamten beteiligt gewesen wären. Was aus diesen Auslagen zu halten ist, weiß jeder Arbeiter, weiß jeder ehrliche Mensch, jeder objektive denkende Jurist.

Aber es kam der reaktionären Justiz selbstverständlich nicht auf die Aufhellung der geschichtlichen Wahrheit, sondern auf ein Urteil an, das auf breite Massen einschüchternd wirken soll. In diesen Terrorurteilen kommt der zusammengewürfelte Haß der Ausbeuterklasse gegen die revolutionäre Arbeiter-

schaft und ihre Führer, die kommunistische Partei, zum Ausdruck. Die Wiener Ereignisse haben den Herrschaften teils Angst eingejagt, teils ihre Haß- und anglerückte Terrormut noch mehr gesteigert.

Eines steht fest. Das Ziel, das die Niedner-Zucht sich gesetzt hat, wird nicht erreicht werden. Nur vertriebene Kautzbeamten glauben noch, daß die kommunistische Bewegung aus Verschwörungen und Mordkomplotten besteht. Nur zum Zwecke einer Programmschwärzung gegen die Kommunisten bedienen die Chamberlain, Kautz sich schändlicher Mittel. Diese Methoden sind aber veraltet. Die große Mehrheit der Werktätigen wird auf die Erde nicht hereinfallen. Die kommunistische Bewegung ist eine Massenbewegung, verantwortlich in den ehernen Notwendigkeiten der Geschichte, unzerbrechbar und unbeflegbar, weil sie sich auf Kräfte stützt, die stärker sind als der Wille der Einzelnen.

Statt Einschüchterung wird das Schreckensurteil in Stuttgart nur die Empörung der arbeitenden Massen zur Folge haben. Das Stuttgarter Urteil ist eine Provokation der gesamten Arbeiterklasse. In diesem Sinne muß sie auch von der gesamten Klassenbewegten Arbeiterklasse beantwortet werden. Heute wird das Urteil gegen die Stuttgarter Genossen ausgesprochen, morgen können partei- und sozialdemokratische Arbeiter das Opfer der Zuchtreaktion werden, wenn sie sich gegen Kriegsgeld, Faschismus und Bürgerkassendiktatur erheben. Schon hunderttausende von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern in den Kerkern des roten Wiens. Soll Wien den Auftakt zu einer neuen Terrorwelle in Deutschland geben? Das ist zweifellos die Absicht der Bürgerblock-Parteien und die Ergänzung zum Lebensmittelwucher, zur Vorbereitung des Krieges, zur schwarzen Kulturrevolution.

Soll es nicht so sein? Wollt ihr es nicht? Dann vereinigt Euch alle in Protest gegen das in Stuttgart gefällte Schreckensurteil. Klärt die Massen überall über die Ungeheuerlichkeit des Terrorprozesses und des Urteils auf. Heraus zum Protest!

Es riecht nach Del — es riecht nach Krieg

Halle, den 26. Juli.

Die internationale Wirtschaftspresse berichtet ausführlich über wühlende Angriffe der zwiespaltigen Delgruppe der Welt, der Royal-Dutch-Shell-Gruppe, auf die Sowjetunion. Der Vorstoß dieses mächtigen englisch-holländischen Konzerns, Sir Deterding, gibt eine Erklärung nach der anderen ab, in denen er die Sowjet-Regierung des Diebstahls und anderer netter Verbrechen beschuldigt. Unter Diebstahl ist die Sozialisierung der Raffineriequellen zu verstehen, die entgegen allen Erwartungen der Ausbeuterklasse nicht zum Ruin, sondern zu einem fräftigen Aufstieg der russischen Wirtschaft geführt hat.

Aber die flammenden Anklagen des Herrn Deterding richten sich nicht nur gegen die Sowjet-Regierung, sondern überhaupt gegen alle einflußreiche amerikanischen Kapitalgruppen, deren kapitalistische Tugenden über allen Zweifel aus haben sein dürften. Der Präsident der Royal-Shell-Gruppe her schuldigt sie, die Rolle des Fehlers der Sowjetregierung zu spielen.

Was ist geschehen? Eine, dem geplanten Standard Oil-Traut angehörende Gruppe, die Standard Oil of New York, hat mit dem sowjet-russischen Raffinerieprodukt Lieferverträge abgeschlossen, die den Vertrieb des russischen Oels durch die Amerikaner in solchen Gebieten, vornehmlich in Kleinasien, Ägypten und in der Türkei garantieren, wo die Standard Oil infolge der größten Transportkosten mit ihren eigenen Produkten gegen das russische Del konkurrenzlos konkurrieren konnte. Mehrfache Verträge hat das russische Raffinerieprodukt auch mit dem amerikanischen Vacuum Oil-Gesellschaft abgeschlossen, die formell eine unabhängige Aktiengesellschaft ist, praktisch aber durch die Standard Oil kontrolliert wird.

Die Antwort auf diese Verträge war eine von Deterding geleitete Protestaktion, der sich einflußreiche englische Regierungsgremien und — was außerordentlich bedeutend ist — russische Emigranten, ehemalige Helfer der russischen Oelwerke angeschlossen. Deterding erklärte klipp und klar, daß durch diese Verträge die Sowjetnaphtha ganz neue Märkte erobern könnte, und daß dadurch der Weltmarkt für Sowjet-Rußlands, der gegenwärtig vorzubereitet wird, durchbrochen würde. Humanitär wirkt daneben auch seine Erklärung, daß die Sowjet-Regierung das Einkommen aus dem Raffinerieexport für die sozialistische Propaganda verwenden werde, und daß die Amerikaner sich auf diese Weise zu Verbündeten des — Bolschewismus machen. Die Muttergesellschaft der Standard Oil gab eine Erklärung, in der ausgesagt wird, daß sie mit der Sowjet-Regierung, solange in Rußland das Privateigentum nicht anerkannt wird, in keine Beziehungen zu treten gedenke. Es kam aber den ihr nachstehenden, rechtlich unabhängigen Gesellschaften nicht verbieten, mit der Sowjetunion Handel zu treiben. Die wahrhaft „böse“ Erklärung ist eine Verbeugung vor dem politischen Antibolschewismus, aber eine praktische Waffe an den geplanten Weltmarkt der Sowjetwirtschaft.

Man soll aber nicht erleichtert aufatmen und nun erklären, daß die Gefahr einer Wirtschaftskrise durch die Sowjetunion und der anschließenden Kriegsmagnaten irgendwie beseitigt wäre. Die englischen Kriegstreiber werden alle Kräfte einsetzen, um die bestehenden Verträge zügigstens zu machen und neue Verträge zu verhindern. Das Abgeschluß, das anlässlich der neuen Standard Oil-Verträge erhoben wird, ist ein Zeichen dafür, wie weit die sofortigen Vorbereitungen der imperialistischen Räuber gegen die Sowjetunion schon gediehen sind.

Die außerordentliche Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den beiden Weltkonkurrenten (Shell-Gruppe und Standard Oil) geht aber gleichzeitig, daß die imperialistische Einheitsfront nicht geschlossen ist. Vom Standpunkte des Leninismus ist diese Tatsache nicht überraschend. Die Einigung gegen die Sowjetunion kann die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Kräfte nicht an der Welt schaffen. Gerade das ist ja das Wesen des imperialistischen Zeitalters, daß eine friedliche Lösung der Konkurrenzfragen, eine friedliche Neuaufteilung der Welt in Interessengebiete der Großmächte auf die Dauer nicht möglich ist.

Auch in Amerika selbst hagelt es von Erklärungen und Gegen-erklärungen für und wider den Handel mit Sowjet-Rußland.

Die deutsche Arbeiterklasse hat diese bedeutenden Vorgänge mit um so mehr Aufmerksamkeit zu verfolgen, als der deutsche Chemietru bekanntlich sowohl mit der Standard Oil, als auch mit der Shell-Gruppe Beziehungen unterhält und gerade in jüngster Zeit geheimnisvolle Verhandlungen geführt hat.

Die Lawine im Rollen

Marg tritt aus dem Reichsbanner aus — Ultimatum des Zentrums an Hörsing

In dem Ausritt des Reichslängers Marg aus dem Reichsbanner teilt das Berliner Zentrumsglied, die „Germania“, mit, daß die führenden Zentrumsglieder zu einer Versprechung über die Verhältnisse im Reichsbanner für Mittwoch nach Berlin berufen worden. Dem „Berliner Tagblatt“ zufolge wird angenommen, daß in der Versprechung eine Reihe von Forderungen aufgestellt werden sollen, von deren Annahme oder Ablehnung durch Hörsing das Verbleiben der Zentrumsglieder im Reichsbanner abhängen würde. Dazu bemerkt die „Tägliche Rundschau“, das Blatt Stresemanns, welches zu Marg eine Beziehung unterhält, daß der Ausritt von Marg aus dem Reichsbanner, die Entschlüsse dieser Konferenz weitestgehend beeinflussen dürfte.

Die Lawine rollt... Die deutsche Bourgeoisie will die durch Führererrat verschärfte Niederlage der Wiener Arbeiterklasse dundertprozentig ausnützen. Der Kopf Hörsing genügt dem Zentrum nicht. Wenn der Herrliche Bundeskanzler Geipel in Österreich gegenüber der berühmten, mächtigen Sozialdemokratischen Partei keine prozentualische, arbeiterrückende Politik ohne irgendwelche Schwierigkeiten durchziehen kann, warum sollen die Machtbestrebungen des Zentrums in Deutschland nicht wachsen? Marg läßt sich als der neue Sempel in Deutschland bezeichnen, die Klassenbewegung im Bunde mit dem Großkapital zu errichten... Er tritt aus dem Reichsbanner aus. Das Zentrum stellt ein Ultimatum, das das Schicksal des Reichsbanners befelegt. Entweder wird das Zentrum durch seine Forderungen das Reichsbanner noch mehr in ein Werkzeug der Bourgeoisie umwandeln oder wird das Reichsbanner gelöst. In jedem Falle ist der Bestand der sozialdemokratischen Reichsbannerpolitik offensichtlich. Nach der Entscheidung, die sich die Preußen-Regierung im Falle Hörsing gefallen ließ, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die sozialdemokratischen Reichsbannerführer aus dem Ultimatum des Zentrums schließen werden.

Dann aber steht vor den proletarischen Reichsbannermitgliedern die Entscheidung: „Wohin der Weg?“ Zwei Wege sind heute möglich. Der eine führt zur Klassenbewegung, zur Umwandlung der Arbeiterklasse in vollkommene Gewerkschaft, die gegebenenfalls als Landbesitzer die Imperialisten gegen Sowjet-Rußland marschieren lassen. Der andere Weg führt zur Errichtung der proletarischen Einheitsfront.

Der schwarzrotgoldene Einheitsrat ist in seine Elemente. Hier rot — hier schwarz und gelb. Hier die Klassenbewegten Arbeiter. Dort die gelben Führer im Bunde mit den Schwarzen.

Die Kräfte des Reichsbanners ist nicht mehr anpassbar. Das herrliche Geschick, das die Sowjets als Befehl der republikanischen Über bescheidenen, trakt auf allen Fugen. Es hängt von den proletarischen Elementen ab, ob sie sich weiter zu einer unruhigen Komödie hergeben werden oder ob sie die Sprache der Ereignisse verstehen wollen. Nur Klassenorganisationen können die Sache der Arbeiterklasse führen und fördern. Klassenorganisationen, die den Geist der Klasse nicht verlangen und verraten, sondern zum offenen Ausdruck bringen. Klassenfront — rote Front!

Nicht Severing, sondern Landsberg?

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Juli.

Die preussische Regierung wird sich im Laufe des heutigen Tages mit dem Kürtir Hörsing beschäftigen. Gleichzeitig soll sein Nachfolger ernannt werden. Es scheint der ausländischen Kammbildeten für den Fall des Übertritts der Provinz Sachsen wird von der Berliner Morgenpresse der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Landsberg aus Magdeburg genannt. Landsberg steht auf dem rechten Flügel der SPD. In der Frage der Fürstentumsbildung hat er einen Standpunkt eingenommen, der mit dem der Fürstentumfrage praktisch zusammenfällt. In der Tat, er bringt gute Empfehlungen mit sich!

In Wien ist jede Arbeiterversammlung verboten

(Eig. Draht.) Wien, 26. Juli.

Wie die Wiener Arbeiterzeitung „Rotes Wien“ auf eine Besprechung im Zusammenhang des Kommunisten mitteilt, wurde „auf Grund eines Parteibereinsommens bis auf weiteres die Abhaltung öffentlicher Versammlungen jeder Art verboten“. Aus dieser Verlautbarung geht hervor, daß die Sozialdemokraten mit der Regierung die „Parteivereinbarungen“ getroffen haben, die Arbeiterversammlungen zu verhindern. Diese Vereinbarung weist ein herrschendes Licht auf den Kampf, den die sozialdemokratische Führerschaft gegen die Arbeiterregierung führt.

Die Wiener Polizei hat doch Dummdum-Geldhölle verwendet

Befätigung durch Sachverständige

(W.Z.) Wien, 26. Juli.

Ueber die angelegte Verwendung von Munition mit Dummdum-Geldhölle wird durch das Sachverständigen-Gutachten an demselben festgelegt, daß unter der in den Waffen-Berichtungen gemachten Angabe, die Munition sei ohne Besondere Wirkung, die Munition für die Verwendung als Besondere Wirkung ist. Es wird weiter über die übrigens nicht verwendete Scherenschnitt-Munition gesagt, daß selbst wenn eine solche an Stelle der tatsächlich gebrauchten Normalmunition verwendet worden wäre, dies kaum eine Vermeidung der Zahl der schweren Verletzungen hätte herbeiführen können. (7) Insbesondere wären die Verletzungen nicht bei den normalen Patronen besonders gefährlichen Stellen auf. (11)

Diese amtliche Erklärung ist eine glatte Behauptung unserer Nachrichten, daß die Polizei Dummdum-Geldhölle verwendet hat. Die amtliche Kommission mag nicht, die Tatsache zu betonen und es läßt sich in Bezug auf Über-Bewegungen, um hinsichtlich der Unschädlichkeit der benutzten Dummdum-Schüsse zu behaupten.

Aus dem „roten“ Wien

Das Unrecht soll vollkommen abge schafft werden

Die österreichische Reaktion ist betrübt, die sich jetzt wieder eine günstige Gelegenheit zu ergreifen, um das auch in der Vergangenheit schon vielfach verteilte Unrecht für politische Gefährliche in Österreich vollkommen abzuheben. Die letzten Gerichte haben über die Verurteilung des „Anwerter“ der Julikämpfe in die Welt getrieben, um den Boden für eine formelle Aufhebung des Unrechtes vorzubereiten. So schreibt z. B. das „Neue Wiener Tagblatt“ folgendes:

„Eine Anzahl Jahre gibt es an, daß am vergangenen Freitag, wie auch am Sonnabend ein gewandter Staatsanwalt zwischen drei und vier Personen zusammenkam und gewissen politischen Verhältnissen gegenübertrat, die sich hier aufzulösen. Auch die Frage des Aufhebungsbefehls am Empfangen in Wien und in Österreich wird durch diese Unterredung einer endgültigen Lösung angeführt werden müssen. Nichts bedürfte für diese Empfangen in politischen Verhältnissen und so weiter. Es wäre auch das natürliche, gegen solche Güter der Nahe und Entfernung im Staatswesen mit der Zustimmung vorzugehen, doch erhalten sie häufig mehr als von dieser Maßnahme betroffen werden, was einen größeren Nutzen wieder eine Aufhebungsbefehl. Es wäre notwendig, die Frage des Aufhebungsbefehls am Empfangen in Österreich durch ein genau umschriebenes Gesetz zu lösen.“

Diese nicht missverständliche Äußerung zur Aufhebung des Unrechtes wird sicherlich von der österreichischen Regierung mit Freuden begrüßt und beiläufig erfüllt werden, wenn die Arbeiter nicht einen energischen Kampf eröffnen um die Aufhebung des Unrechtes für die Verurteilung des „Anwerter“ der Julikämpfe. Die im „Anwerter“ der Julikämpfe Schutz vor den Jontoffs, Wilschuffs, Scattomas und ähnlichen Arbeiterhelfern haben.

Die Kinderhillsaktion der Roten Hilfe

Die Auslosung der R.H.D. 25 österreichische Kinder, deren Vater in den Julikämpfen gefallen, verurteilt oder verhaftet wurden, in ihrem Kinderheim Sarnthof aufzunehmen, hat bei der Wiener Arbeiterfront einen tiefen Eindruck gemacht. Wie die Rote Hilfe Österreich berichtet, haben sich allein an einem Nachmittag 15 Mütter gemeldet, die um Aufnahme ihrer Kinder in das Heim nachsuchen. Man rechnet damit, daß der Kindertransport schon in den nächsten Tagen abgehen wird.

Die Vorbereitung der Klassenparteien gegen die Julikämpfer

Die Wiener Front wird gemeldet: Die Prozesse gegen einen Teil der Verhafteten nach dem 15. und 16. Juli werden im Kronprinz-Schwergericht durchgeführt. Die Polizei hat bereits mehr als dreihundert Verhaftungen vorgenommen und legt ihre Verhaftungssachen fort. Täglich werden neue Verhaftungen gemeldet. Hunderte von Spionen treiben sich bei Arbeitervereinigungen herum, und eine Bemerkung genügt schon, um eine Verhaftung zu rechtfertigen. Die letzten Tage glücken es, daß die Polizei „Spione“ in den Arbeitervereinigungen findet, um dort die Schwereverurteilten auszuheben und aus den Lebensgefährtinnen schwebenden Menschen Material zu sammeln, das gegen sie verwendet werden soll, wenn sie gefangen sind.

Die Prozesse vor den Kammergerichten, in denen schwere Delikte bewiesen werden, sollen nach den letzten Mitteilungen erst im kommenden Herbst stattfinden, während über jene Verurteilten, die nur ein Verhaftungsprotokoll zu urteilen hat, in kürzester Zeit verurteilt werden wird. Es soll sich um einige hundert Verurteilte handeln.

Die Rote Hilfe Österreich hat den Anzeigen der Rechtsanwältin Dr. Schönbauer, Dr. Egon Schönhof und Dr. Schönbauer zur Verfügung gestellt.

Der Preis der Kohle

Das Preis-Cum-Grub hat in den großen Bergen von Gießwerk Kohle. Die Käufer der Bergarbeiter steigen in zwei Stunden nach dem Aufbruch zum Bergwerk. Am Tage unten wird ein reichlicher Regen, ein Kampf aus den großen schwarzen um die Kohlen mit ganz Schweißbecken liegen überall herum. Gegen das Grün des Grubes ist gewappnet und von Kohlenrauch gelichtet.

Um die Arbeiterpreise sich in einer ständigen Wärmegrad der Grube, der zwei Stunden in der Grube hinuntersteigt und bei der Höhe von Frauen aller Bergarbeiter verlor, über dem niedrigen. Von Haus zu Haus vertrieben sich die Arbeiter in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube.

Eine nach der anderen fuhren Bergarbeiter von Bergarbeitern in die Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube.

Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube.

Als der Tag ankam, drangen gute Arbeiter, die mit Tränen der Dankbarkeit aufgenommen wurden, aus der dunklen Tiefe der Bergwerk sein mühten Frauen, 60 von den 115 Bergarbeitern, die durchgehenden und zu entkommen. Der Bergarbeiter, die durchgehenden, die man am Boden des Grubens hatte man zwei Vermeidung als 60 der Frauen lachte sich noch härter die Bergarbeiter. Alle, die die im Bergwerk waren, mußten im „Schwarzen“ der „Hilf“ in die Bergarbeiter. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube. Die Arbeiterpreise sind in der Grube und unter dem andern in der Grube.

Von den Verhafteten werden eine ganze Reihe von der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Gemüthslosigkeit, verurtheilt worden. Diese Delikte müssen noch der österreichischen Strafprozedur gemäß einem Schwurgericht verhandelt werden. Nun aber fürchtet die Klassenhilfe, daß die Wiener Bergarbeitern, die über den wahren Verlauf der Ereignisse Bescheid wissen, vielleicht in diesem aber jenen Falle von den Richtern nicht geschützt werden werden, und deshalb wird der Plan erworfen, Kronprinz-Schwergericht zur Durchführung der Prozesse zu delegieren. Man will also über die Wiener Arbeiter-Trotter oder steife Bauern urteilen lassen. Falls für Urteile unter solchen Umständen zustande kommen werden, kann man sich denken, in der österreichischen Arbeiterfront mag sich bereits harte Protestbestrebungen gegen diesen schändlichen Plan bemerkbar.

Die Kämpfungen in der deutschen Landstwehnsarmee gegen die Sowjetunion

Oberflächliche Betrachtung der Weltpolitik der letzten Monate mag den Anschein erwecken, als ob die alte Kriegsgefahr der Intervention des Imperialismus unter Führung Englands gegen die Sowjetunion abgenommen hätte. Stresemann, der nobelpreisgekrönte Friedensfreund, singt nach wie vor seine friedensschalmeien, der sozialdemokratische Parteivorstand propagiert mit aller Kraft seine Neutralitätslehre. Aber hinter den Rücken wird mit einer Geheimindigkeit getrieben, die klar und eindeutig beweist, daß für die Imperialisten die Frage des Krieges entschieden ist und nur nach der günstigen Zeitpunkt abgemart wird.

Neues und wichtiges Material zu den deutschen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion liefert der bürgerlich-paschistische „Montag-Morgen“: In Neupost ist der Reichswehrmajor Knob



Stefanus gemeldet, um auf Einladung des Militärattachés bei der Berliner amerikanischen Botschaft die Organisation des amerikanischen Bataillons zu studieren, speziell aber die sogenannten „Citizens Military Training Camps“. Das sind Schulen, die dem amerikanischen Heere angegliedert sind mit dem Zwecke, die Zivilbevölkerung für den Kriegsdienst in ihrer Beziehung vorzubereiten. Derselbe Stefanus schreibt über den Zweck des Besuches des Reichswehrmajors Stefanus in Neupost: „Ueber, der seine Sinne beisammen hat, muß sagen, daß dies plötzliche englisch-amerikanische Interesse am deutschen Heer, dieses väterliche Protectorat, das selbst Lord Roberts in der Verurteilung der schwachen Reichswehr, niemals so aktiv betriebl hat, daß dieses Interesse nicht nur der Wohlthat, dem Ansehen und der Verklärung Deutschlands dem Wohlstand sein kann. Offenbar ist es ein Zug in der Welt auszulernen der antirussischen Politik Großbritanniens und der USA, das deutsche Heer wieder zu einem Faktor zu machen, der gegen Russland in die Waagschale geworfen werden kann.“

Auf hundert Wegen erfolgt die Rüstung der deutschen Landstwehnsarmee gegen die Sowjetunion. Immer dichter werden die Verbindungen zwischen Reichswehr und Stahlhelm. Immer raffinierter die Tarnung der Waffen- und Munitionsfabrikation. Immer intensiver die Verbindung der deutschen Reichswehr mit den imperialistischen Generalstäben. Der deutsche Militarismus erstreckt auf tausendfach verfestigten Wegen. Jede einzelne ihrer Etappen genau zu verfolgen, den Waffen klarzumachen, ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Verteidigung der russischen Revolution.

Es klappert nicht!

Berlin, 25. Juli. Die Berliner „Total-Anzeiger“ aus Wien berichtet, daß die bisherige Kommandantur der von Wiener sozialdemokratischen Bürgermeistern aus Mitgliedern des Reichshilfsbundes gebildeten „Gemeinschaftswache“ wegen Gefährdungserweiterung einzelner Aufteilungen freiwillig zurückgetreten, die den Anordnungen nicht Folge leisteten, sondern - dagegen handelten.

„Sieht es denn anders aus als wie 1914“

Je näher die Stunde des Kriegsausbruches heranrückt, desto lauter wird das Wehgeschrei der Pazifisten und desto mehr häufen sich die passivistischen Erfindungen, mit denen man den Krieg überlisten will und gleichzeitig die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus über den heiligen Boden der Neutralität hinwegzuführen will. Houghton, der Londoner Kolonialist der Vereinigten Staaten einer der besten Kritiker einer amerikanischen-englischen imperialistischen Entente, propagiert die glorreiche Idee, das Recht der Kriegserklärung den Regierungen abzusprechen und sie dem Volke zu geben, das durch eine Abstimmung über die Frage Krieg oder Frieden zu entscheiden hat. Dieser Vorschlag ist ein sehr guter. Man. Er kennt die Anfänge des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie und er weiß sehr genau, daß die Bourgeoisie, solange sie den Staats- und den Wahlapparat beherrscht, stets in der Lage ist, insbesondere bei sogenannten Laborminuten, jenes Ergebnis herbeizuführen, das sie für notwendig hält. Herr Houghton weiß sehr genau, daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die gegen den Krieg ist, weder den Staatsapparat mit dem Stimmzettel erobern kann, noch mit dem Stimmzettel die Politik der Bourgeoisie bestimmen kann. Deshalb ist ihm ein Vorschlag ganz unangenehm. Der Arbeiterkampf aber ändert es neue Situationen vor, als ob sie wirklich imstande wäre, mit dem Mittel der Demokratie auf die Frage Krieg oder Frieden einen Einfluß auszuüben.

Und wie nicht anders denkbar, findet Miller Houghton begünstigte Anwälte unter den Pazifisten der Welt. Herr Georg Bernhardt, durch seinen Sprößling, der Herrn Sittelmans höchstbeliebter „Einmalstreiter“, mit der imperialistischen Außenpolitik eng verbunden ist, produziert in der „Schiffen Zeitung“ begünstigt das passivistische Betrugsmanöver des amerikanischen Imperialismus.

Bernhard muß die Unerschöpflichkeit des imperialistischen Krieges jagen: „Man verzichtet sich hinter Jollmannen, man schließt sich weiter national und ökonomisch ab, und die Gefahr besteht, daß die alten Mittel der Staaten und Regierungen nicht mehr zu den alten Konsequenzen führen werden, zu neuen Krieg. „Sieht es denn anders aus als wie 1914“ Auf den alten Stühlen sitzen die alten Männer. Genau die gleichen Gedanken der Machtpolitik von früher beherrschen die neuen Regierungen.“

Und deshalb verstärkte passivistische Offensive gegen das wertvolle Werk, Verleumdung der proletarischen Gebrüde mit den trügerischen Illusionen, während die Schmachtmeter gegen den Imperialismus und die Bourgeoisie stehen, zu neuen Krieg. „Sieht es denn anders aus als wie 1914“ Auf den alten Stühlen sitzen die alten Männer. Genau die gleichen Gedanken der Machtpolitik von früher beherrschen die neuen Regierungen.“

Kurz politische Meldungen aus aller Welt

Gegen die Schutreaktion. Nach Leipzig hat sich nunmehr auch die Gruppe Köln des Deutschen Arbeiter-Bereits in einer großen Kundgebung gegen den Konventionen Schutzeintrag am 28. August gesammelt und ruft alle zum kommenden Protest gegen diesen Antrag auf.

Das zweite Opfer der Ahrensdorfer Falschfälschung wurde gestern in Erfurt bei Berlin begraben.

Frauen und Männer wählten in Berlin getrennt. Bei den am 25. August in Berlin stattfindenden Reichs-, Landes- und Gemeindevahlen und Abstimmungen wird, sofern an dem gleichen Wahltag nicht mehr als zwei Abstimmungen vorzunehmen sind, die Stimmenerhebung nach dem Geschlecht der Wähler für statistische Zwecke durchgeführt werden.

Die Genfer Konferenz zur Seebestattung droht mit einem allgemeinen Streik zu enden. Man rechnet mit der Wiederholung der Verhandlungen mit einer völligen Ergebnislosigkeit der Konferenz.

Annahme des Antigenvertrages durch das englische Oberhaus. Das Oberhaus hat in britischer Sitzung die Genfer Antigenverträge angenommen. Das Unterhaus wird die daran vorgenommenen Änderungen am Donnerstag prüfen.

Die polnische Antwort auf die letzte russische Note wird in diesen Tagen in Moskau überreicht.

Sacco und Banzetti. Banzetti hat den begangenen Hungerstreik aufgegeben. Sacco verweigert weiter jede Nahrungsaufnahme.

Der zaristische Oberst Peruchon, der in der Kolonialarmee als General diente, ist wegen konterrevolutionärer Umtriebe zum Tode verurteilt worden.

Untergrundbahnstreik in Neupost. Für Mittwochs wird der Ausbruch eines allgemeinen Streiks auf den Neupost-Untergrundbahn befürchtet. In einer Massenversammlung soll morgen ein Aufruf zur Teilnahme an dem Streik ergehen. Die Mitglieder der Untergrundbahn in den Streit treten. Alle bisherigen Vermittlungsvorschläge der städtischen Behörden sind abgelehnt. Die wichtigsten Forderungen sind Anerkennung der Gewerkschaften und eine Vollerhöhung von 20 Prozent.

Die Gefahr für das Leben jedes Bergarbeiters, der in ihnen arbeitet. In den Monaten Januar und Februar wurden 185 Mann in englischen Bergwerken getötet. Nur durch den Heroismus und die Selbstopferung der Bergarbeiter wurden zahllose andere Katastrophen verhindert.

Trotz der schweren Lage, in der sich die Arbeiter nach der langen Unterbrechung durch den Streik befinden, wird die Nationalisierung bis aufs Äußerste getrieben. Die Widerstandslosigkeit der Bergarbeiter ist durch die achte Stunde stark herabgemindert. Die fälschlichen Löhne erlauben ihnen nicht, sich entsprechend zu nähern. Das hässliche Tempo der Herabsetzung, die von ihnen gefordert wird, läßt keine Zeit für die Sicherheitsmaßnahmen übrig. Nach, nachdem sie zur Arbeit zurückgekehrt wurden, ist es den Arbeitgebern gleichgültig, wie viele Bergarbeiter täglich umkommen. Eine einzige Sorge ist, genügend Profite herauszubringen, um die während des Streiks entstandenen Verluste herauszufinden.

Eine unerwartete fesselnde Schilderung

der Februar-(März)-Kämpfe in Rußland 1917, insbesondere der Ereignisse in Petrograd, enthält die oben erwähnte Vortragsausgabe der „Militärischen Geschichte der russischen Revolution“. Die ersten drei Vorträge umfassen in gedrängter Form die wichtigsten Ereignisse der russischen Revolution von 1905 bis 1917. Weit lebendiger und bis zum letzten Wort fesselnder ist das 4. Heft, das eine prächtige Schilderung der wessischen Kämpfe bei Petrograd Arbeiter in den Februar-(März)-Tagen aus der Feder eines revolutionären Arbeiters enthält. Wie das Kernstück eines Meisterromans mündet ferner die Beschreibung der Revolution der Revolution und eines neuen, dem Arbeiter. Wir sind glücklich, die neue Niederung von bisher härteren Anreizen zu einer dauernden Stellung auf das Vorkriegs bietet. - Bestellungen werden gewissenhaft erledigt durch den Rezipienten oder die Arbeiterbuchhandlung.

Die Zustände in den englischen Kohlenbergwerken sind eine fä-

Neue Entlassungen haben bevor

Die Vorkriegsindustrie gehört zu den wenigen Gewerben, worin Gesundheit und persönliche Geschäftlichkeit noch eine Rolle spielt. Deshalb ist sie von der kapitalistischen Rationalisierung bisher zwar nicht verschont geblieben, aber doch weniger berührt worden, als andere Gewerbe. Das wird sich ändern werden. Die Großkapitalisten der Vorkriegsindustrie werden sich nicht mehr so leicht nach dem Rezept Arbeiter und namentlich Angestellte „entlassen“. Das Gewerbe ist, wie sie behaupten, überlebensfähig. Deshalb sollen nicht etwa die überflüssigen Kapitalisten und Unternehmer, sondern ein Teil der Arbeiter und Angestellten auf die Straße fliegen.

Vor dem Weltkrieg wurden in Deutschland jährlich rund 60 000 Tonnen Vorkriegswaren fabriziert, davon etwa 35 000 Tonnen für die Exportmärkte. Heute sollen die vorhandenen Anlagen für etwa 100 000 Tonnen ausreichen. Eine so große Menge ist aber nicht abzusetzen. Im Ausland ist, zum großen Teil während des Krieges, die Konkurrenz erloschen, und im Inlande hat die Zahl derer, die sich teures Vorkriegsgeld leisten können, natürlich nicht ungenommen. Kommt dazu, daß die Regierung im vorigen Jahre ausgerechnet die Vorkriegsindustrie als geeignetes Objekt ihrer Preissteigerungsaktion erachtete. Das ist gescheit, dadurch den proletarischen Lebensunterhalt zu verbilligen? Ebenfalls sprach sie die Vorkriegsindustrie, ihre Verkaufspreise um zirka 12 Prozent zu ermäßigen. Dies alles hat nun eine ausgedehnte Konzentration von und Julianebelegung und demergentem. Schon im Frühjahr ist in Preußen eine große Vorkriegsindustrie in sich aufgenommen und dadurch einen Trakt mit über 9 Millionen Mark Kapital geschaffen, der rund 5000 Arbeiter beschäftigt. Jetzt ist die Vorkriegsindustrie als ein großes Unternehmen eines Konzerns willkommen geheißen, der noch größer ist. Sein Kapital beträgt noch mehr als 9 Millionen Mark und 6000 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten. Die er bisher beschäftigte. Damit wird es nun allerdings nicht ein Ende haben, denn über den eigentlichen Zweck des Zusammenstoßes äußern sich die Gründer ganz offenbarend. Sie schreiben:

„Im Hinblick auf die gleichzeitige Fabrikation würden durch Zusammenfassung der kaufmännischen und technischen Beamtungen sowie der Verkaufsorganisationen im In- und Auslande und durch Vereinfachung der Fabrikationsprogramme auf die einzelnen Werke wesentliche Ersparnisse erzielt werden, besonders für die Vorkriegsindustrie...“ Ob sich bei der Rationalisierung die Schließung des einen oder anderen Betriebes als notwendig erweist, wird erst später zu erkennen sein.“

Es erhebt sich wieder die alte Frage: Wie wird es mit den Kaufmännischen und

technischen Angestellten die Kosten der Rationalisierung zu bezahlen haben. Denn die Kapitalisten bzw. Aktionäre, denen die enteigneten Werte bislang gehörten, werden natürlich ausreichend entschädigt.

Christlicher Arbeiterverrat in Köln

(Eig. Drahtm.) Köln, 26. Juli.

Am Sonnabend nahm eine Funktionärversammlung des christlichen Metallarbeiter in der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom Juli Stellung. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verbindlichkeitserklärung als ein gesetzlicher Akt akzeptiert werden muß, und daß daher der Kampf nicht weitergeführt werden kann, sondern die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte.

Die große Lohnkommission des DMR in Köln hand offensichtlich unter dem Eindruck des Schiedspruches des christlichen Metallarbeiterverbandes. Sie beschloß daher ebenfalls, den Kampf abzubrechen und den Betriebsratverhandlungen die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Die Streikenden haben auch demgemäß in verschiedenen Betriebsversammlungen die Aufnahme der Arbeit am Dienstagfrüh gegen eine starke Minderheitsbeschlüssen.

Gute Ernte-Aussichten in Rußland

Im Jahre 1927 war weiterhin in der Landwirtschaft der UGSSR eine quantitativ und qualitativ aufsteigende Tendenz festzustellen. In diesem Jahre ist neben einer Vermehrung der Getreidekulturen, darunter vor allem der wertvollsten Getreidearten (z. B. Weizen), auch eine bedeutende Vergrößerung der Anbaufläche von technischen, intensiven Kulturen, wie Baumwolle, Zuckerrüben, Futterpflanzen usw., festzustellen. Die Wachstumsgeschwindigkeit dieser Kulturen hat im Vergleich zu den vorigen Jahren bedeutend zugenommen.

Ebenso ist im laufenden Jahre ein weiteres Anwachsen der Viehzucht festzustellen; aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Zunahmgeschwindigkeit auf diesem Gebiete auch in diesem Jahre hinter dem Tempo des Vorjahres nicht zurückbleiben.

Die Ernteaussichten in der gesamten Sowjetunion sind als mittel und teilweise als etwas über mittel zu bezeichnen. Voraussetzlich wird das Ertragsniveau der technischen Kulturen im Zusammenhang mit dem günstigen Ernteaussichten die Ernte des Vorjahres um 15 bis 20 Prozent übersteigen.

Resümierend kann gesagt werden, daß die Ernte sowohl ihrem Werte nach größer ausfallen wird wie auch auf der den Markt kommende Teil eine Steigerung erfahren wird.

Steigerung der Umsätze an der Moskauer Warenbörse

(D.E.) Moskau, 22. Juli.

An der Moskauer Warenbörse war in der ersten Hälfte des Juli eine recht lebhafte Geschäftigkeit zu beobachten. Im Vergleich zur zweiten Hälfte des Juni wogerten sich die Umsätze um rund 40 Prozent, und zwar erreichten dieselben insgesamt 187,7 Mill. Rubel einschließlich der außerhalb der Börse getätigten Umsätze. Besonders starke Nachfrage herrschte nach Textilien und Metallwaren.

Der Stand der Fleischmärkte in Rußland

Was den vorliegenden amtlichen Bericht ist der Stand der Fleischmärkte befriedigend. In den wichtigsten Gebieten des Reiches, besonders, wie z. B. in den Kreisen Kaschira, Wladimir, Sarajew, Pskow usw. wird der Saatland zum Teil sogar als sehr gut bezeichnet. In einigen anderen Gebieten ist das Bild dagegen ein weniger einheitliches. Im Gegensatz zum Vorjahr ist eine Einschränkung der Anbaufläche in nur vereinzelten Fällen zu beobachten.

Preissteigerung

In der ganzen Sowjetunion sind die Preissteigerungen am 1. Juni im Vergleich zu den Preisen am 1. Januar d. J. um 8,1 Prozent gesunken, die Fabrikpreise für Waren der Staatsindustrie während dieser Zeit um 5 Prozent gesunken. Der reale Arbeitslohn ist seit Januar bis Juni um 13,8 Prozent gestiegen. Davon entfielen 6,3 Prozent auf die Steigerung der Preise, der übrige Teil auf die Erhöhung des Normalarbeitslohnes. Die „Schere“ zwischen Industrie und landwirtschaftlichen Waren ist nun 1,13 Prozent auf 1,1 Prozent geringer geworden.

Von den ukrainischen Warenbörsen. Der Gesamtumsatz der ukrainischen Warenbörsen erreichte im Juni 60,7 Mill. Rubel, d. i. 17 Prozent mehr als im Mai. Eine Steigerung der Umsätze war hauptsächlich bei Industriewaren zu verzeichnen, wobei starke Nachfrage nach Textilien, Metall- und Lebensmittel herrschte. Die Umsätze in landwirtschaftlichen Produkten gingen um 22 Prozent zurück.

Weiterer Rückgang des Preisniveaus in der Ukraine. Wie der Korrespondent der „Economicoffiziellen Staff“ aus Charkow meldet, sind dort im Laufe des Juni weitere 20 private Firmen geschlossen worden.

600 hohe kirchliche Staatsbeamte sind wegen Zusammenarbeit mit England während des Krieges aus dem Staatsdienst ausgeschlossen worden.

BARUM
4-Masten-Riesen-Circus
Salle - Kaspisch
Heute Dienstag, den 26. Juli
Ehrenabend für Damen
eine Dame frei
2 Damen auf 1 Billett
Literatur, Schreibwaren, Stenotypik, Motor- u. Fahrräder, Möbel, Gramophone, Herren- und Knaben-Konfektion, Hermans Henze, O. Krug, Best den 26.

Walhalla
Schlafzimmer
348 Mk.
Max Jungblut
Literatur, Schreibwaren, Stenotypik, Motor- u. Fahrräder, Möbel, Gramophone, Herren- und Knaben-Konfektion, Hermans Henze, O. Krug, Best den 26.

Zwei Dienstmädchen und ein Hofjunge
Schtopan Nr. 41
Kleine Anzeigen
Wir suchen tüchtige Genossen
Arbeiter-Illustrierten-Zeitung

Für Vereins-, Bolts-, Garten- u. Kinderfeste
Fa. Paul Lange, Merseburger Str. 168
Herrn Gustav Despang
Nachruf: Wilhelm Berger

Piolo
Eine fabelhafte Neuerung umsonst
Der an jeder Piolo-Dose befestigte Piolo-Dosens Offener ist ein Geschenk für jedes deutsche Hausfrau. Piolo kostet keinen Pfennig mehr als bisher. Suchen Sie sich nicht eingehen lassen. Auch Sie kaufen zum nur noch.

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Markenfahräder auf Teilzahlung
Bernideln und Emailieren von Motor- u. Fahrrädern
W. Ziesche
Torpedo-Fahräder
Möbel
Herren- und Knaben-Konfektion
Herrmann Henze
Weiß, Brot- und Feinbäckerei
Gustav Hofmann
August Henze
Salamander-Schuhhaus
1877 50 1927

Stadt Halle

Nach dem Zollraub der Portowucher Bereits ab 1. August erhöhte Güte

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hat am 22. und 23. Juli in Berlin getagt. Dort haben sich die Herren über die neue Ausgestaltung der wertvollen Posten geeinigt. Der Gewinn der Portowucher ist ihnen jedoch nicht hoch genug. Es wurde sogar betont, daß in allen Dingen eine Erhöhung und nicht eine Senkung der Postgebühren gefordert und gefördert werden sollte. Das heißt, daß die Abnahmepolitik noch immer kein Ende erreicht hat, und daß die unteren Postbeamten weiterhin gerne zu erbärmlich bescheid werden sollten wie bisher.

Die neuen Vorschriften treten bereits ab 1. August in Kraft. Nur für Kasse- und Zeitungsgeldern ist als Stichtag der 1. Oktober vorgegeben. Die neuen Güte stellen sich nun folgendermaßen:

Reise im Ortsverkehr bis 20 g 8 Pf., über 20 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 20 Pf., im Fernverkehr bis 20 g 15 Pf., über 20 bis 250 g 30 Pf., über 250 bis 500 g 40 Pf.

Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf., im Fernverkehr 8 Pf., Drucklos (einmalig) 5 Pf., und Teildrucklos nicht mehr gemacht) in Form einfacher Karten auch mit anhängender Einreihkarte 3 Pf., bis 50 g 5 Pf., über 50 bis 100 g 8 Pf., über 100 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf., über 500 g bis 1 kg 40 Pf., Zeitungsrate 1 kg.

Postversendungen: Drucklos 3 Pf., Briefsendungen — Drucklos und Wertproben — 8 Pf., Geschäftsbriefe, Wertproben und Briefsendungen der ersten Gewichtsklasse 15 Pf., Briefe bis 1 kg 40 Pf.

Koffer: 1. Zone bis 75 kg Gebühr bis 5 kg 80 Pf., für jedes weitere kg 10 Pf., 2. Zone über 75 bis 150 kg bis 5 kg 60 Pf., für jedes weitere kg 20 Pf., 3. Zone über 150 bis 375 kg bis 5 kg 80 Pf., für jedes weitere kg 30 Pf., 4. Zone über 375 bis 750 kg bis 5 kg 80 Pf., für jedes weitere kg 35 Pf., 5. Zone über 750 kg Gebühr bis 5 kg 80 Pf., für jedes weitere kg 40 Pf.

Bei Überbruch der Jalousienfenster am Ende des Briefens und dem übrigen Reich wird zur Ausgleichung der im Posten liegenden Ertrags die Gebühr der jeweiligen nächstniedrigeren Zone in Ansatz gebracht.

Zeitungspost gegen ermäßigte Gebühr und Einschreibepaß fallen weg.

Verbindungen bis 100 RM der Monatsgebühren: Versicherungsgebühr 10 Pf., Nachnahmegebühren: Vorsorgegebühr 20 Pf., Monatsgebühren bis 100 RM = 20 Pf., über 10 bis 25 RM = 30 Pf., über 25 bis 100 RM = 40 Pf., über 100 bis 250 RM = 60 Pf., über 250 bis 500 RM = 80 Pf., über 500 bis 750 RM = 1 RM., über 750 bis 1000 RM = 1,20 RM.

Eintrittsgebühren bei Voraussetzung durch den Arbeiter für jede Befreiung zum im Ortsverkehr 40 Pf., im Fernverkehr 80 Pf., für Kasse (einfach) der Postkarten im Ortsverkehr 50 Pf., im Fernverkehr 1,20 RM., Gebühr für bringende Kasse 1 RM.

Zeitungsgeld für monatlich einmaliges Erscheinen von Zeitungen im durchschnittlichen Nummergewicht bis 30 g = 14 Pf., über 30 bis 50 g = 2 Pf., über 50 bis 100 g = 4 Pf., für monatlich zweimaliges Erscheinen von Zeitungen im durchschnittlichen Nummergewicht bis 30 g = 3 Pf., über 30 bis 50 g = 4 Pf., über 50 bis 100 g = 8 Pf.

Im Postverkehr ist die Ueberweisungsgebühr fallen gelassen. Ebenso ist von einer Erhöhung der Versandgebühren abgesehen worden. Für Einschreibungen auf 3- und 10 Pf. wird nicht es bei dem bisherigen Gebührensatz von 10 Pf., Einschreibungen von 10 bis 25 Pf. sollen 15 Pf. kosten, von 25 bis 100 Pf. = 20 Pf., von 100 bis 250 Pf. = 25 Pf., in den folgenden Stufen bis 1250 Pf. bleiben die Gebührensätze unverändert. Ferner ist für die Befreiung der Postgebühren eine Gebühr vorgegeben, die bei Benutzung der ersten Gewichtsklasse 5 Pf. beträgt. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Gebühr von 5 Pf. für das Ausfertigen des Kontosauszugs ist abgelehnt worden.

Die Vortagegebühr für gemündelte Inlandstelegramme im Ortsverkehr mit 8 Pf., im Fernverkehr 15 Pf. betragen. Die bisherige Grundgebühr für Aufgabe eines Telegramms durch Fernsprecher, die bisherige Gebühr für Abnahme eines Telegramms durch die Adressierten von 10 Pf. und die Gebühr für Stornung von Telegrammgebühren fallen in Wegfall.

Wer laßt da ... ?

Abends zwischen 8 und 9 Uhr Menschenauflauf in der Vestingstraße. Ein Schulmädchen läuft davon und sucht einen Sipso. Kommen Sie schnell nach der Vestingstraße, da sie eine Schlägerei ruft sie den ihr entgegenkommenden Sipso zu. Der beginnt sich zum Kampflust und bringt die sich bekämpfenden Parteien auseinander. Folge: Die sich bekämpfenden Männer bekommen jeder einen politischen Strafbescheid über 8,70 RM. Der eine nimmt an, während der andere Berufung einlegt. Berufung gegen einen politischen Strafbescheid hat Verhandlung vor dem Einzugsrichter des Amtsgerichts für Folge.

Der eine Mann sieht also als Angeklagter vor dem Einzugsrichter. Zugensungen des Vorfalls, darunter auch der Sipso, sind als Zeugen geladen.

Wie ist die Schlägerei entstanden und wer ist der Angegriffene? Der Angeklagte, ein älterer Mann, erzählt:

Meine Frau, ich und die Eltern meiner Frau wohnen gemeinsam in der Vestingstraße eine Wohnung. Vor einmal erfahre ich, daß meine Frau Gehörlos wurde. Sie versichert mir, daß es nur einmal geschähen sei und ich versetze ihr Freunde oder erziehen mir, doch meine Frau mehrere Male und auch jetzt noch Gehörlos betriebe. Ich verlasse die Wohnung und lasse meine Frau durch Bettelweib und Freunde bewachen. Diese stellen fest, daß meine Frau in 15 Hällen, zum Teil in der gemeinsamen Wohnung, Ehebruch begangen hat.

Sie habe das Bedürfnis, mich noch einmal mit ihr auszusprechen. Gehe zu ihrer Wohnung und erlaube mir, daß sie in das Kino gehe. Ich gehe ihr entgegen und sehe sie plötzlich mit einem Herrn die Straße entlang kommen. Sie kommt auf mich zu, be-

Stahlhelmhochburg in der Heide

Der Stahlhelm erfährt in der bürgerlichen Presse einen Aufbruch, nach dem sich Freunde und Gönner finden sollen, die für den Stahlhelm in der Heide ein Siedlungsprojekt finanzieren. Man will dem schon lange gehegten Plan, der Schaffung von Wohnstätten in der Heide, und der für den Stahlhelm so wichtigen erwerbslosen sportlichen Anlagen zur Wirklichkeit verhelfen.

Gegen diesen Plan muß die wertvolle Bevölkerung den allerhöchsten Protest einlegen. Denn abgesehen davon, daß die Siedlung gerade in der Heide zwischen Galtshof, „Erholung“ und „Ankoffs Dürr“ gebaut werden soll, werden die sportlichen Anlagen ausgebaut und so eine unmittelbare Gefahr für jeden die Heide Aufsuchenden bilden.

Giftgasnebel über Sowjet-Rußland

Neudrama von Bertolt Brecht
in Szene gesetzt von Ilse Berend-Groa

Nach erfolgreicher Uraufführung in Kassel
am Sonntag, dem 7. August, vormittags
10 Uhr, im **Walhalla-Theater** unter
Mitwirkung des „Proletkult“ Kassel

Karten zu RM. 1,50, RM. 1.— und 50 Pf., nur im
Vorverkauf in den Verkaufsstellen: Harz 42/44 und
Kerkensblotstraße 14

Nur gegen Ausweis der beteiligten Organisationen

Herr geht auf die andere Seite der Straße. Schwiegermutter und Schwiegermutter sind mit nachschlafender Frau unter den Umständen vertrieben, daß sie mit ihrer Tochter also meiner Frau, spreche. Erst jetzt bemerkt ich den Schwiegermutter. Wir gehen zu ihm. Als wir alle drei ein Stück gegangen waren, gesteht sich plötzlich die Schwiegermutter zu uns. Erregter Wortwechsel, und ich bekomme Schläge vom Schwiegermutter. Von hinten bearbeitet mich die Schwiegermutter mit dem Schirm. Schließlich werde ich von allen dreien verprügelt.

Freilicht, da Schwiegermutter angefangen haben.

Das hallische Wohnungseind

Seit Oktober 1926 liegt in dem südlichen Wohnhaus Urtilleriestraße 61 eine Wohnung leer. Ein junges Ehepaar, das zwei Jahre herbeiratet und ein Kind hat, bemühte sich mehrfach um Aufnahme hier, aber einer anderen Wohnung, da es noch immer ein „kleines Kasse“ als Vermieter wohnen muß. Von der Grundeigentumsverwaltung der Stadt Halle wurde es schon mehrfach schriftlich abgewiesen.

Gleichzeitig sei bei dieser Gelegenheit einmal darauf hingewiesen, wie sich vergebene Unternehmungen die Wohnungsnot zunehmen. Da bezieht zum Beispiel auf dem Harz 20 ein 3 1/2 m x 4 m x 4 m für 100 RM. in der Urtilleriestraße, das durch die wenigen in den „Hallischen Nachrichten“ Interessenten anlockt, die aber zum größten Teil enttäuscht weggehen müssen, da dort für die Vermittlung von Wohnräumen Beträge gefordert werden, die ein Wertaktiver absolut nicht zahlen kann. Wie oft kommt es vor, daß ähnliche Unternehmungen dabei ihre Interessenten nicht befragen. Wir wollen hier nur die Urtilleriestraße 61, die 150 meist wertvolle Leute um 1.600, 700, ja in einzelnen Fällen sogar um 1500 Mark betragen hat, indem sie ihnen eine Neubauwohnung verpruden, wofür sie das Geld als sogenanntem Baufinanzierung verlangen. Diese armen Leute sind zwar ihr Geld los geworden, aber eine Wohnung haben sie nicht bekommen. Das sind die Früchte unserer heillosen Wohnungsnot.

Rückgang der Geburten — Erhöhung der Sterblichkeitsziffer

Auch ein Barometer des Weltwirtschaftslebens

Einer Uebersicht der Statistischen Korrespondenz über Ehehehlungen, Geburten, Sterblichkeit und Säuglingssterblichkeit in den preussischen Großstädten im Vierteljahr 1927 nimmt der Amtliche Kreisliche Vorkommnisse folgende Angaben:

Die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer der preussischen Großstädte war im 1. Vierteljahr 1927 mit 6,77 Promille wenig größer als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres (6,63 Promille). — Die Anzahl der Geburten war im Durchschnitt der Großstädte mit 16,70 Promille um fast ein Viertel niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und betrug damit nur noch wenig über 67 Prozent der Ziffer des 1. Vierteljahres 1913 (27,77 Promille). Dagegen war die Sterblichkeit im Berichtsvierteljahr im Durchschnitt der Großstädte mit 14,50 Promille um 1,4 Promille kleiner als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres und nur 0,91 Promille kleiner als die des 1. Vierteljahres 1913. — Die Säuglingssterblichkeit war im Berichtsvierteljahr mit 10,7 auf 100 Lebendgeborene um 0,5 Prozentpunkte höher als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres (10,2 Prozent), während sie im 1. Vierteljahr 1913 13,1 Prozent betragen hatte. — Der mittlere Geburtenüberschuß der Großstädte betrug nicht ganz zwei Drittel des Geburtenüberschusses des Vorjahres (6,45 Promille), während der von 1913 fast dreimal so groß war (12,27 Promille).

Weil es ein Flugzeug gemauert hat, wird sich am 8. August der Flieger Kops vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten haben.

Mit dem Steinmetzen! Mittwoch, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr: Wichtige Sektionsversammlung.

Die Flugschiffe wollen mitten in der Heide eine Hochburg errichten, wo sie ungehindert ihre hinterhältigen Pläne ausarbeiten können, wo sie, ungehindert den Augen der Öffentlichkeit, ihre Willkürpleierei so lange betreiben können, bis es keine Spielerei mehr ist, sondern flüchtiger Ernst gegen die Arbeiterschaft wird.

In dem Wärfel wird bekannt, daß der Stahlhelm bereits das Gelände vertraglich gesichert hätte, und zwar von dem „Kameraden“ Felchner, Pettin. Trotzdem können wir verraten, daß auch bei dem Bau der Siedlung, wenn er in Angriff genommen wird, nicht alles ohne Reibung vonstatten gehen wird. Und zwar schon deshalb,

weil in den Kreisen der Stahlhelmer selbst Widerstände dagegen aufstehen.

Man hat eben dort schon seine Erfahrungen gesammelt. So geht uns heute die Zukunft eines Stahlhelmliegens so, in der das Projekt reiflos ablehnt wird. Es heißt da:

„Wo steht das viele Geld, welches der Stahlhelm zu Siedlungswecken sammelt? Sind die Mitglieder damit einverstanden, daß nur ein oder zwei Kameraden über die Eingänge Bescheid wissen?“

„Ist es jetzt mit den Kassenprüfungen anders als vor zwei Jahren, als der damalige Kassierer am Tage vor der Revision erst familiäre Eins- und Ausgänge fortsetzte und eintragen ließ? Er selbst hatte keine Ahnung von Buchführung. Wird da wohl alles richtig zugegangen sein?“

Im Rechnungswesen waren die Schwarzmarktskonten herrschend ja noch so großartig, ob die Organisation nun Stahlhelm oder Wehrmacht heißt. Wer denkt nicht an den verstorbenen Wehrmacht-Kassierer Jabel, der mit seiner stadtbestimmten Ehrlichkeit den Ruin der hiesigen Wehrmacht-Ordnung herbeigeführt hat?

Die Stadterneuerung träumt bisher noch im hohen Fernefeld. Sie muß gemindert werden, die Stahlhelm-Siedlung zu verhindern. Es darf nicht geduldet werden, daß in der Heide eine reaktionäre Raubritterburg ersticht.

Hallische Tageschronik

Quartiere gesucht. Für die Mitglieder des Proletkult Kassel, die am 7. August im „Walhalla“ bei der Aufführung von „Giftgasnebel über Sowjet-Rußland“ mitwirkten, werden 30 Quartiere für die Nacht vom 6. zum 7. August benötigt. Anmeldungen dazu sind bei der Sekretariat der KPD, Vorderstraße 14, Zimmer 5, einzubringen.

Die Rostoffuhrve in ersten Halbjahr 1927. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden von den Arbeitern der Rostoff- und Genselkassell-Genselkassellischen Versicherungsanstalt 150.661 Versicherungsanträge mit 348.666 RM. Monatsrenten und 38.450.669 RM. Versicherungssumme bei der Zentrale in Hamburg eingereicht. Soweit sich heute schon übersehen läßt, wird die Volksfürsorge auch das zweite Halbjahr 1927 erfolgreich bestreiten. In die Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten sind im verstorbenen Halbjahr 492.332.500 RM. an Versicherungssummen zur Auszahlung gebracht, insgesamt seit November 1923 (Beendigung der Inflation) rund 2,5 Millionen RM.

Gemein in den Tod. Montag früh wurden an der Größmühler Straße die 20jährige Hausgehilfin Elisabeth, und der ebenfalls 20jährige Hausarbeiter Hermann, als Leichen gefunden. Die beiden waren noch auf Tagen zusammengekommen in den gemeinsam im Keller gegangenen. Die Elisabeth hat vorher an ihre Tante in Bernburg einen Abschiedsbrief geschrieben, in dem sie ihre Absicht, ins Waller zu gehen, ankündigt. Die Tante hatte auch bei der Polizei die Vermittlungsstelle erlitten. Aufgehoben hatten sich den Abschiedsbrief der jungen Menschenfinder Dierckens in den Weg gestellt.

Guter Getreidehandel. Alle Getreidearten stehen in der Umgegend von Halle günstig und haben beträchtliche Erträge. Infolge des vielen Regens ließen das Getreide vielfach. Dadurch läßt es sich mit der Maschine leichter mahlen. Ist die Ernte auch gut, die Brotreize werden doch in die Höhe gehoben. Der Zollwucher wird hier bald sein Werk getan haben.

„Mit dem Maulscheln“ Glücksspiel. Das Reichsgericht beschäftigte sich am 2. Juli mit einer Revisionsinstanz. Es handelt sich darum, ob das Maulscheln Glücksspiel ist oder nicht. In einem neuen Entscheidung führte der 3. Strafsenat des Reichsgerichtes hauptsächlich an, das Maulscheln für das Verbotene von Glücksspielen sei, daß die Entscheidung über Gewinn und Verlust nicht von der Geschicklichkeit des Spielers selbst, sondern ausschließlich und überwiegend vom Zufall abhängt. Die Annahme, daß das Reichsgericht ausgesprochen habe, daß das Maulscheln ein Geldvertrauen aus ohne den sogenannten Wagnis als Glücksspiel zu betrachten ist, ist irrig. Einem derartigen Grund hat das Reichsgericht nicht aufgestellt. Vielmehr betonen die betreffenden Reichsgerichtsentscheidungen die Feststellungen über die nicht immer gleichwertigen Regeln des Spieles unter den jeweiligen Umständen. Danach ist das Maulscheln bald als Glücksspiel, bald als Geschicklichkeitsspiel anzusehen.

Verkehrsunfälle. Am 23. Juli gegen 12.30 Uhr mittags erfolgte an der Ecke Wühlweg-Bernburger Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Motorradfahrer, wobei das Motorrad stark beschädigt wurde. Personentransportwagen kamen zu Schaden. — Am 25. Juli gegen 7.15 Uhr nachmittags wurde in der Ludwig-Wucherer-Straße-Ecke Albrechtstraße ein Kapsfahrer von einem ihm überholenden Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Verunglückte trug durch den Sturz eine schwere Verletzung des linken Armes davon. Das Fahrrad wurde stark, das Motorrad leicht beschädigt.

Spul im Stadttheater. Am 26. Juli gegen 7.30 Uhr vormittags rückte die Feuerwehr nach dem Stadttheater aus, wo sich ein Feuerweiber selbsttätig ausgezündet hatte. Die Feuerwehr rückte sofort wieder ab.

Werbt für den „Klassenkampf“!

Donnerstag, 28. Juli 1927, abds. 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“, Burgstr.

Protestversammlung

gegen die neuen Zollerhöhungen und die Doppelbesteuerung der Konsumvereine

Referent: Genosse Oberdörfer, Berlin

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Erscheint in Massen und machet Euch gegen eine weitere Vertierung der notwendigen Lebensmittel

Allgemeiner Konsumverein Halle a. d. S. und Umgegend, e. G. m. b. H.

Kommunistische Jugend

„Das junge Deutschland“

Unter diesem Motto findet in der Zeit vom 12. August bis zum 25. September im Schloss Bellevue in Berlin eine Ausstellung des R.D.Z. (Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände) statt. Dieser umfasst alle Jugendorganisationen von den politischen Jugendorganisationen bis zur S.A. Besondere Erwähnung verdient Lenkauer, Mitglied der S.A. und Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Jugendinternationale, erster Vorsitzender des R.D.Z. sein. Wir haben schon des öfteren unsere Stellung zum R.D.Z. ausgesprochen und immer wieder betont, daß eine gemeinsame Zusammenarbeit einer proletarischen Jugendorganisation mit den bürgerlichen und sozialistischen Organisationen die nötige Aufgabe des Klassenkampfes bedeutet. Diese allein richtige Meinung hat sich auch schon bei einem großen Teil der Mitglieder der S.A. durchgesetzt. Die proletarischen Führungskräfte und Mitglieder der S.A. müssen deshalb nach wie vor mit aller Konsequenz den Austritt aus dem R.D.Z. verlangen. Das Beispiel der „Jugendsozialisten“, die auf ihrer Reichskonferenz beschließen haben, aus diesem Ausschuss auszutreten, muß auch weitere Kreise der S.A. davon überzeugen, daß nur aus Gründen der Vorkamerhaltung der Realitäten mit den bürgerlichen Organisationen und einer feindseligen Haltung gegenüber dem kommunistischen Jugendverband eine Führung im Klassenkampf.

Der R.D.Z. ist ja nicht nur auf eine „gemeinsame Arbeit“ aller Jugendorganisationen angewiesen, sondern große Unternehmungsorganisationen liegen im engen Zusammenhang mit dem R.D.Z. Wir sind in der Lage, ein Handbroschen des R.D.Z. (Deutsches Institut für Arbeitswissenschaft) aus dem unter der bekannte „günstige Wind“ zurück zu zitieren. Das Institut setzt sich die bestimmte Aufgabe, eine wissenschaftliche Streifenarmee zu erschaffen, die Gewerkschaften als überflüssig zu erklären und die Werkseigenen zu propagieren. In dem Schreiben der „Bereitigung der Deutschen Arbeiterverbände C. F.“ heißt es: „Da die Zustellungsleistung in einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände die Industrie zur Beteiligung an der Ausstellung aufgefordert hat, ist nach mehrfachen Verhandlungen und Erörterungen die Entscheidung der Vereinigung zum Vorstand, der sich in seiner letzten Sitzung am 24. Juni mit der Frage beschäftigte, beauftragt worden, trotz der verständlichen Ausstellungsmüdigkeit der Industrie, brauchbares Material aus den Kreisen der Industrie zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, da eine gründliche Ablehnung der Beteiligung ebenfalls wäre.“

„An einer anderen Stelle heißt es: „Es ist selbstverständlich, daß wir nicht in der Lage sein werden, einen umfassen Überblick über die im Rahmen dieser Ausstellung die Industrie berührenden Fragen geben zu können. Es wird uns aber über erreicht werden, aus einzelnen Bezirken des Reiches einzelne Arbeiterkreise und von einzelnen Firmen (auch kleinen) typische Beispiele dafür zu zeigen, daß die deutsche Industrie in freiwilliger Fürsorgeleistung für ihre erwerbsfähige Jugend über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus hervorragendes leistet und den Jugendlichen aus unabhängig von der Urlaubszeit fortwährend weitestgehende Erholungs- und Bildungsmöglichkeiten bietet.“

Wir können uns ja vorstellen, was man ausstellen wird. Das, was notwendig wäre, auszustellen, wird man nicht finden. Werden die schonen Vertreter und Erörterungen der „ausgestellten“ wird man die hohen Angehörigen der „S.A.“ herbeiführen, oder wird man das ja wunderbare Methode des politischen Erziehungsrechts, was ja der Meister noch nach dem Lehrvertrag heißt, der Defektivität zeigen und demonstrieren?

Das angehängte Material dieser Ausstellung, welches die freiwillige Fürsorgeleistung der so anhänglichen deutschen Unternehmer zeigen soll, wird ja auch uns zu Gesicht kommen und wir werden dann davon Gebrauch machen. Diese Einheitsfront vom Sozialkapital bis zur S.A. und den freierwerbsfähigen Jugendorganisationen (die S.A.-Jugendorganisation beteiligt sich nicht an der Ausstellung) kann nur durch die Schaffung einer proletarischen Front aller Jugendkämpfer gegen den Kapitalismus geschaffen werden. Nur der Kampf um die elementare Rechte der Jugendproleten kann die Plattform sein, auf der sich proletarische Jugendorganisationen zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen.

Kampf dem R.D.Z., Schaffung von proletarischen Jugendverbänden sei die Parole!

„Freizeit für Jugendliche“

Im 12. Selbstbericht dem „Reichsausschuss für Jugendpflege im Regierungsbereich“ werden eine Reihe von Antworten einer Unternehmerrunde und Einzelunternehmer veröffentlicht. Diese sind so lauten: „(1) Was nicht ist der Jugend, wenn sie Urlaub hat, wenn sie ihre sonstige Freizeit im Laufe des ganzen Jahres in ungenutzter Weise verbringt.“ Das ist der Kampf um Urlaub, Verbesserung und menschliche Behandlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter die Methoden des R.D.Z. richtig sind, beweisend folgender

Antwortbrief eines Unternehmers:

„Wir haben mit dem Herrn Regierungspräsidenten durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Hilfe der Jugend im Interesse der forschenden und geistigen Erziehung mit allen Mitteln unternommen für den gesamten (1) Was nicht ist der Jugend, wenn sie Urlaub hat, wenn sie ihre sonstige Freizeit im Laufe des ganzen Jahres in ungenutzter Weise verbringt.“ Das ist der Kampf um Urlaub, Verbesserung und menschliche Behandlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter die Methoden des R.D.Z. richtig sind, beweisend folgender

20 Jahre Jugendinternationale

H. Am 28. August begeht die revolutionäre Jugend Deutschlands das zehnjährige Jubiläum der ersten internationalen Jugendkonferenzen in Stuttgart. Am 25. und 28. August des Jahres 1907 fanden sich die Vertreter der Jugendorganisationen aus 12 Ländern zusammen, um die erste Besprechung über den gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus abzuhalten. Die erste Zusammenkunft fand schon im Zeichen der schwierigen Aufgaben, die vor den Jugendorganisationen standen. Unmühsamer Fehler der Regierung und der Polizei waren das große Thema zur vollen Entfaltung der Organisationen. Aber auf der anderen Seite standen die offiziellen Stellungen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften den Jugendproleten sehr ablehnend, sogar feindselig gegenüber. Die jungen proletarischen Organisationen waren aber dem Feuer des Kampfes bereit. Vormärts führen, den Kampf mit allen Mitteln führen, das waren ihre Parolen.

Diese Kampfesfreudigkeit löste aber das langsame Tempo der „Alten“. Vereint mit seinen reformistischen Ansichten: „Das Ziel ist nur nichts, die Bewegung alles“, begann damals langsam seinen Fuß in Partei und Gewerkschaft zu fassen. Ein Seminars auf diesem Wege waren die Jugendorganisationen. Darum fand die erste internationale Zusammenkunft der proletarischen Jugendorganisationen in einem gewissen Gegensatz zur Partei und den Gewerkschaften. Die Jugend führte sich als ein politischer Faktor in der beginnenden großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Das Referat von Karl Liebknecht über „Militarismus und Antimilitarismus“ fand im Mittelpunkt der Konferenz. Schon damals zeigte sich eine ganz klare Einstellung über die Aufgaben der proletarischen Klasse im Falle eines Krieges. Nicht Kriegsdienstverweigerung, nicht Prüfeln über Abrüstung und Schiedsgerichte können die imperialistischen Kriege verhindern.

„Der Krieg wird nur durch die revolutionäre Aktion des Proletariats verhindert werden können.“

Die prophetischen Worte des großen Führers der arbeitenden Jugend sind nachher durch die grausamen Schreden von 1914/18 dollauf bewiesen worden.

Zu den Fragen der wirtschaftlichen Ausbeutung der Jungarbeiter und Lehrlinge beschloß die Konferenz ein wirtschaftliches Kampfsprogramm mit speziellen Forderungen herauszugeben.

Der 6-Stunden-Tag, wie er heute in Sowjet-Russland zeitlos für alle Jugendlichen durchgeführt ist, drei Wochen Urlaub, Schaffung von Lehrlingskommissionen unter Kontrolle der Gewerkschaften, das waren die Hauptforderungen auf diesem Gebiet. Diese Forderungen stehen noch heute im Mittelpunkt des Kampfes aller ausgebeuteten Jungarbeiter.

Am Ende der Konferenz hielt die Vertreterin der holländischen Jugendorganisation, J. v. d. V. die Rede. Sie sprach über „Schulung und Erziehung“. Auch bei dieser Frage trat eine klare, dem täglichen Klassenkampf angepaßte Stellung auf. Politische Schulung und Erziehung ist nur im Zusammenhang mit dem Klassenkampf möglich, und der Entlohnung ermöglicht das Verständnis für die politische Erziehung. Die Konferenz war die erste große geschichtliche Tat auf dem Gebiete des Kampfes der proletarischen Jugend um ihre Rechte.

Wer ist der Erbe von Stuttgart?

Kurz nach der Konferenz begann ein systematischer Feldzug der Regierung gegen die Organisationen und endete mit einem Verbotsgesetz, nach dem es allen schulpflichtigen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr verboten war, sich in politischen Jugendorganisationen zu organisieren. Der SPD-Vorstand mußte diesen Verbotsgesetz durchsetzen und löste die Jugendorganisation auf.

„Es ist sich darum handelt, die Wirtschaft als solche zu belassen. Eine richtige Verwendung der Jugend verbleibenden täglichen Freizeit dürfte die nötige vorgeschlagene Erholungs- und politische Schulung und Erziehung.“ Jedemfalls hat dieser Urlaub keine praktische Bedeutung, wenn man den kürzigen 300 Tagen des Jahres die Jugend ihre Freizeit ungenutzbar verbringt.“

Hürwahr, besser kann sich ein Kapitalist über seine wahre Ansicht gegenüber der arbeitenden Jugend nicht äußern. Dieser Brief ist das Programm des Unternehmertums.

Da hilft kein Bitten und Flehen. 100 Briefe und Eingaben werden das „gute Herz“ des Kapitalisten ebensowenig erweichen, als wie die Erklärung der Jugendvereine. Diese Erklärungen sollen nicht auf keinen Erfolg, wir werden die kommunistische Jugendverbände aus sammeln und eine ausstreichende „Freizeit“ für uns erkämpfen.

„Maulhalten, Hände an die Hofnagel!“

Haltlose S.A. steht kraam — Sie darf sich nicht mit Politik beschäftigen

In der Sozialistischen Arbeiterjugend fällt man sehr darauf, daß die Jugendlichen sich nicht mit Politik beschäftigen. Die Abhaltung der Jugendlichen von politischer Betätigung liegt in der bekannten Linie der sozialdemokratischen „Erziehungsarbeit“.

In einer der letzten Jugendbeilagen des „Volksblatt“ wird das in einem Artikel über „Lagespolitik“ oder geistige Vertiefung“ befaßt. Dort heißt es in einer Stelle:

„Die Jugend kann nicht immer die Beweggründe erfahrener und reifer Männer verstehen, die nach wohlüberdachten Plan im politischen Leben ihre Entfaltung suchen.“

Da habt Ihr, Ihr jugendlichen Arbeiter in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Da habt auch Ihr oppositionellen S.A.-Leute zugleich eine moralische Belehrung! Wie sonnt Ihr Euch unterstehen, die „reife Männer“ in der Sozialdemokratie als verlässliche Führer zu titulieren. Was wird Ihr denn von den „Hofnagel-Gründen“, die man denen um an Rautsch — die großen Führer in der Sozialdemokratie bewegen, gegen das Sozialistischem zu wettern und sich im heißen Zunder mit den imperialistischen Kriegstreibern zusammenschließen. So macht es Rautsch. Viele andere machen es auch.

In Halle gibt es auch einen sozialdemokratischen Kreis, dessen Name mit R. beginnt: Rautsch. Bei dem soll es eine allgemeine Redewendung sein: „Ja, Ihr Hofnagel, wollt Ihr denn auch schon mit in die Politik treiben?“ Auf diese Redewendung hin gibt er den Hofnagel in der Sozialdemokratie den guten Rat, lieber Flugblätter zu verteilen.

Wenn der Schreiber im „Volksblatt“ auch über Rautsch nicht zum Vorbild erzählt, so spricht er ihm doch über vieles nach. Er denkt sich in seinem Thema: „Lagespolitik“ oder geistige Vertiefung“ folgendes aus:

„Wie überall im Leben gilt aber auch hier die Tat. Flugblätter verteilen, am Wahllokal stehen und Verammlungen besuchen sind daher höchst nützlich, wenn auch nicht immer angenehme Be-

zugendausschüsse, deren Leitung zu zwei Dritteln aus SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern besteht waren, sollten jedes selbständige Leben der Organisationen abtöten. C. L. Z. e. n., der Führer der Generalkomitee, lagte in einer Reichstagsrede:

„Nicht zum Angriff ist unsere Jugendbewegung geschaffen, sondern zur Abwehr des Vordringens der bürgerlichen Parteien, die Proletarierhüter für ihre Zwecke zu gewinnen, sie den Eltern und dem Elternhau abwegig zu machen. So liegen die Dinge. Wir haben gar nicht den Wunsch, daß unsere jungen Leute und jungen Mädchen von 14 bis 18 Jahren sich mit hochpolitischen Dingen befassen. Wir haben einzig den Wunsch, sie vorzubereiten auf ihre Staatsbürgerlichkeit, einzüchtigen — soweit man da von politischen Angelegenheiten sprechen kann — sie mit den Einrichtungen unserer staatlichen Organisation vertraut zu machen.“

Die Jugendorganisation wurde ein Spiel- und Tanzverein. Die Abhilfe der Partei- und Gewerkschaftsaktionen ging in Erfüllung. Nur sehr kleine Teile der Jugend standen zu diesen Methoden in Opposition und versuchten, eine Aenderung herbeizuführen.

Wo der Weltkrieg kam

Hand der übergroße Teil der Leitungen der Jugendorganisation auf der Seite der „Vaterlandsbereitigen“. Das offizielle Organ „Arbeiter-Jugend“ brachte die schärfsten Heftartikel für den Krieg. In einem Artikel vom 12. September 1914 heißt es: „An die Front, Kameraden!“

An einer Stelle lesen wir die nicht zu verzeihenden Worte:

„Gewiß, wenn es gilt, das Vaterland, den Heimatboden unserer Bildung und Arbeit zu verteidigen, gibt der Proletarier an die Grenze mit der Büchse und der Feins (11), gibt seinen letzten Blutstropfen wie der Bitter.“

Das war die Sprache eines „sozialistischen“ Draams. Die Leute, die dieses schriebe, mußten allerdings Karl Liebknecht für einen Volkshäcker halten, als er mitten im Kriegesstimm und völliger Beiseite der Proletariermoral die Nähe des Sozialismus aufriechte. Klein war die Schar der mutigen Befehrer für Sozialismus und Klassenkampf. In J. e. n. a. abgepalten von der Organisation, wurden sie der Träger der kommenden Ereignisse. Die proletarische Jugend hand 1918 ihren Mann. In den vorderen Reihen kämpfte sie für den Sozialismus.

Seit dem Jahre 1918 sind beinahe neun Jahre vergangen. Die revolutionären Jugendorganisationen zählen heute mehr als zwei Millionen Mitglieder in ihren Reihen. Die kommunistische Jugendinternationale ist die Avantgarde aller Ausgeborenen in Stadt und Land. Die Kampfzeit hat bewiesen, wer der Erbe von Stuttgart ist.

Wir, die kommunistische Jugend, haben das Erbe von Stuttgart übernommen. Wir haben einseitig unseren Weg fortgesetzt. Wir stehen nach wie vor zu den Grundgedanken der ersten internationalen Jugendkonferenz von 1907.

Die Leute, die vor dem Kriege und während des Krieges den größten Verrat am Jungproletariat verübt haben, die Leute, die heute noch zu einem großen Teil wiederum gewillt sind, die gleiche Stellung wie im Jahre 1914/18 einzunehmen, haben mit Stuttgart nichts zu tun.

20 Jahre nach der ersten internationalen Konferenz droht wieder ein Krieg auszubrechen. Die Wolke Karl Liebknechts: „Der Krieg laßt uns durch die revolutionäre Aktion der Arbeiter beteiligt und verhindert werden“, steht auf der Fahne der kommunistischen Jugendinternationale, der Erbin von Stuttgart.

schäftigungen. Hier gilt es, den persönlichen Willen durchzugehen und Hemmungen zu überwinden. Das freudige Bekenntnis zum Sozialismus muß hier die praktische Feuerprobe bestehen. — Es heißt da so schön von einem „Heer der Arbeit“.

Wo ein Heer ist, müssen auch Rekruten vorhanden sein.

Bekennen wir freudig und offen: Ja, wir wollen Rekruten sein! Freiwillig aus dem großen Organismus der Sozialdemokratischen Partei unterbreiten.

Abgesehen davon, daß der Organismus der Sozialdemokratischen Partei keineswegs so groß ist, wie es der Artillerieoffizier im „Volksblatt“ marktschreierisch verkündet, ist das Bekenntnis: „Wir wollen Rekruten der Sozialdemokratischen Partei sein“, verständlich. „Der Artillerieoffizier gehört nicht zu den artigen Jungens in der S.A.“ denkt man, wenn man sich ein Bekenntnis liest. Aber da liegt gerade der Haken im Pfeffer. Der Artillerieoffizier nennt sich P. S. und aus einer Rekruten kann man etwas machen, daß er der S.A. Jugend angehört. Will dieser Jungling zum Zentralrat der Angestellten, einer freien Gewerkschaftsorganisation, etwa im Namen dieser Jugendfunktion ein Bekenntnis für die Sozialdemokratische Partei ablegen?

Dann muß er sich gefallen lassen, daß sich andere Mitglieder in der Jugendfunktion des J.A. melden, die mit diesem Bekenntnis nichts gemein haben wollen.

Die Jugend im Zentralverband der Angestellten will nichts mit der Politik der SPD. Gemein haben,

selbst wenn sich da einer findet und sich als geforderter Jüngling aufspielt, wie es dieser P. S. tut.

Das mag wohl ein Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie sein. Deshalb darf er auch ein Treuebündnis für die SPD. abgeben. In Halle ist es aber vorgekommen, daß ein Mitglied der J.A. Jugend, der nur dem Bekenntnis von P. S. (J.A.-Jugend) Rekruten der Sozialdemokratischen Partei sein. Die gewerkschaftlich organisierten Jungarbeiter danken für das Angebot! Den reformistischen Führern in der SPD. und in den Gewerkschaften gilt auch unter Kampf. Die revolutionäre Jugend hat nichts mit dem Reformismus und seinen Erziehungsstücken gemein. Das wird sie auch in der Zukunft beweisen. (F. S., J.A.-Jugend.)

Gegen den imperialistischen Krieg

Gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung kämpft der Kommunistische Jugendverband

Nähe zum mitteldeutschen Jugendtag am 3. und 4. September 1927 in Halle



Die Elster-Fluten noch nicht abgedämmt

Die Unternehmer verweigern Hilfsmaßnahmen - Die Großagrarien wollen die Schuld den bankrotten Gemeinden in die Schuhe schieben „Rechnen ist besser als geben“, sagen die Herren vom Regulierungsverband - Die bürgerliche Presse schützt die Schuldigen des Unglücks

Die Kommunisten fordern allseitige Hilfe für die Geschädigten

Bergeklüfte Mühe

Der Damm konnte trotz der beständigen Bemühungen an der Bruchstelle bis zur letzten Montag immer noch nicht zugeworfen werden. Das Wasser ergießt sich noch immer auf die Fluten, die einen fast tödlichen Anlauf genommen. So will das Auge nicht, sind die Fluten vernichtet. Kleine Leute sind es, die um Hab und Gut kämpfen.

Mäcker Wilder zeigen, wie das Wasser auf Flur und Straßen gewässert hat.

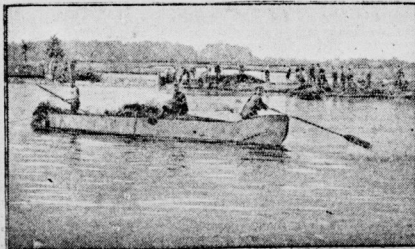
Jetzt ist die Rettung durch die größten Not die wichtigste Sorge. Unsere Genosse Holz wies hin, der sich selbst im Hochwassergebiet aufsucht, hat entsprechende Anträge an den Provinzialausschuß eingereicht. In seinem nachfolgenden Bericht über die Stimmung unter den Katastrophen hat er besonders die Schuldfrage an der Katastrophe in den Vordergrund gestellt. Der Genosse H. berichtet unter:

Die Fluten haben sich die Welta-Kahle ergossen. Nach immer ist der Damm nicht gefährdet. Am Samstagmorgen ist der noch keinen nennenswerten Keil, der den Damm schließen sollte, wieder weggeritten.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob eigentlich die nötige schützende Deimung am Flusse ist. Ungefähr 12 Meter stehen noch offen. Wenn auch der Weite kein überzogenes Verhältn. so bin ich doch zu der Überzeugung gekommen, daß das angeführte Material nicht genügend ist, könnte Hilfe zu bringen. Ich unterhalte mich mit einem Einwohner, der schon

Drei Meiler kein Auge zugulien

hat. Woller Arnie sagt er: „Die Hilfe war so nahe, aber das Material ist Dred.“ Er zeigt noch einen Walde: „Der gehört einem



In der Dammbrechsstelle

abstehen Herrn. Sättle man das Holz von dort genommen, dann wäre der Damm schon längst zu.“

In diesem Walde stehen 20 bis 25 Meter hohe Bäume. Sättle man von diesem nur zehn gepostet, wären verschobene 1000 Morgen Land vom Wasser verschont geblieben.

Die Stimmung der Bevölkerung

Ein Landwirt mit 50 Morgen Land gemüßt mit einer längeren Unterbrechung. Niedrigschlagen, aber dennoch mittelam, was dem Landwirt nicht liegt. „Ja, wir haben nicht die richtige Regierung“, lautet er, „alles haben sie im vorigen Jahre nichts gemacht, dieses Jahr den Samen gekostet und wieder ist alles dahin. Weinstock nehmen sie mir nun auch noch haus und Hof.“

„Ich frage ihn, wie er zu dieser Aufassung kommt, da läßt er keine Rede freies Land und erklärt mir überaus: „Von der heutigen Staatsherrschaft ist nach allen Erfahrungen alles zu erwarten.“ Da antwortet er mir: „Ja, es ist aber doch Ihre Regierung!“ Darauf erklärt er mir: „Ja, wenn Ihre Presse so hart verurteilt wäre, wie die bürgerlichen Blätter, die uns o m a c h e n, daß sie uns Landwirte vertreiben, dann wäre manches besser.“

Während ich mich bei einem Genossen, der mich begleitete, umgekehrt habe (denn bis an den Leib ging das Wasser an versteinerten Stellen) sehen wir unsere Wanderung durch diesen See fort. Ein Kind weilt eine alte Mutter, an einen Pfosten gelehnt, und läßt in die Fluten. Ich spreche sie an. Ein Wutausbruch über die Schuldigen quillt aus ihrem Munde hervor. Sie schreit nicht mehr in die Fluten, die uns o m a c h e n, sondern in die Fluten, die uns o m a c h e n, daß sie uns Landwirte vertreiben, dann wäre manches besser.“

Wir kommen an einem geräumten Gehöft vorbei. Man muß heben bleiben, ob man will oder nicht. Die Umzäunung wegwerfen, kein lebendes Wesen zu sehen - ein Trauerspiel.

Einige Schritte weiter kommt uns ein Kadibauer entgegen. Er trägt ab und erklärt voller Entrüstung: „Nicht nicht zu, im Gegenteil - alles ist wieder weggeritten. Kein Kadibauer wird angekommen.“ sagt er, „man wird den Zweifel nicht los. Man muß demselben dem Unterlauf Entlastung bringen und läßt so mit das Bruchloch offen.“

Wer hat Schuld?

In der „Elster-Rundschau“ verurteilt man die Schuld der Gemeinde Bauernschaft an. Der Gemeindevorsteher von Bodwisch hat in derselben „Elster-Rundschau“ bereits auf dieses Verbrechen geantwortet. Wir wollen daraus nur eine treffende Stelle wiedergeben:

Außerdem wurde die Subsidie durch Herrn Regierungsaffizier Dr. Laubert gebeten, 30 Mann zur Verfügung zu stellen. Dieser Erwartung wurde aber von der Subsidie erklärt, daß sie das zu nicht in der Lage sei. Sie erklärte sich aber nach längerer Verhandlung bereit, durch einige Müldeberger Bauern Hilfsmannschaften zu vermitteln, jedoch auf Kosten der Gemeinde Bodwisch. Ich überreichte Beschlüsse der Leute zu und erhielt daraufhin am Abend 33 Mann, welche von den Bauernschaften, Weidwerk, Buchholz und Geseffert sowie der Fußweiden-Gesellschaft gestellt wurden.

In einer anderen Stelle stellt der Gemeindevorsteher von Bodwisch fest:

Was es doch nicht einmal möglich, am Mittwoch einen Laubwagen zum Sandhagen von der Subsidie zu erhalten. Erst als der Damm durchbrochen war, konnte man von der Subsidie Hilfe erbitten.

Die „Elster-Rundschau“ nimmt für die Subsidie Stellung, was für diese Zeitung, die sich ein „Organ für Deutsche Bauerngemeinschaft“ nennt, äußerst bezeichnend ist. Jedenfalls ist es nach den wahrheitsgemäßen Ausführungen des Bodwischer Gemeindevorstehers mit der Volksgemeinschaft der Subsidie nicht weit her. Unsere Stellungnahme zum Gemeindevorsteher in Bodwisch bleibt durch diese Äußerungen natürlich unberührt. Die Objektivität verlangt jedoch, zu erklären, daß Bodwisch keine Schuld am Dammbrech hat. Der Berichterstatter der „Elster-Rundschau“ weiß natürlich, warum er sich schuldig vor die wahren Schuldigen stellt. Es ist nicht leicht, daß im Elster-Regulierungsverband das Stimmverhältnis zugunsten der großen Industriellen geregelt ist. Ein Einwohner erklärte mir, daß gerade die Großindustriellen es waren, welche die Mittel für einen modernen Bagger verweigerten. Der Berichterstatter der „Elster-Rundschau“ sollte sich wirklich beschäftigen, ob es nicht möglich ist, wenn er nicht will, daß ihm die Öffentlichkeit nachläßt, er habe in der Subsidie von Geizern und Genossen.

Das lächerliche, bedauerliche Wort nach dem anderen unter die Elster und legt einen Provinzialausschuß haben die Schuld der Industriellen eingehend dargelegt. Die Denkschrift der Industriellen, die zu ihrer Verteidigung geschrieben war, ist eine leere Phrasale. Die Tatsachen stehen uns recht. Hätte damals Grobber-Bodwisch im Antrag nicht geteilt, sondern sich unseren Forderungen angeschlossen, die ich am Schluß noch darlegen werde, anschließend wären wir heute schon weiter. Die „Elster-Rundschau“ möge also bemerken, daß nicht der Gemeindevorsteher von Bodwisch, der Hauptmann Schmidt, noch die Einwohner der anliegenden Dörfer an der Katastrophe schuld sind. Die Schuldigen sind die Auftraggeber dieses Materials, die Industriellen. Ein Beispiel für die Unverschämtheit derselben haben wir durch die Aussagen des Bodwischer Gemeindevorstehers bezeugt gefunden. Die Subsidie verweigert Transportmittel. Der Vorsteher einer Behörde hat uns gegenüber tief treffend geäußert: „Ja, wenn Sie (er meint uns Kommunisten) eine Aktion gemacht hätten, hätte die Industriellen schon Menschen und Material zur Niederhölzung bereitgestellt.“

Dieser Mann kennt die Industriellen unseres Gebietes sehr gut. Die Hochwertmaterialien schäufert in erster Linie die kleinen Leute. Da hätte es ja auch nicht mit der Rettungssaktion. Wenn die Proleten diesen Leuten aber einmal selbst nach der Gurgel fahen, dann alarmieren sie, was nur zu alarmieren geht.

Eine Frage an den Kreisaußschuß-Selektier a. D. Bernmann:

Wo sind die Gelder der Anleger der Elster, die seit 1872 geschickt worden sind, hingekommen und wie hoch beläuft sich die Summe mit Zins und Zinseszins?

Seit der Regulierung von 1871/1872 hat a. B. ein Landwirt mit 100 Morgen (30 Morgen in der ersten, 40 Morgen in der zweiten und 30 Morgen in der dritten Gefahrenzone) in der ersten Zone pro Morgen 1 Mark, in der zweiten Zone 75 Pf., in der dritten Zone 50 Pf. gehabt. Diese Summe wurde bis zum Jahre 1924 erhoben. Und wir konnten nach diesem Beispiel also berechnen:

52 Jahre für 30 Morgen zu 1,- Mark sind 1560 Mark,
32 Jahre für 40 Morgen zu 0,75 Mark sind 1560 Mark,
32 Jahre für 30 Morgen zu 0,50 Mark sind 780 Mark.

Das sind insgesamt 3900 Mark, die ein einzelner angelegt hätte. Jetzt haben 12 bis 15 Kilometer unter Wasser. Allein dieser Komplex hat durch seine Verluste dem Regulierungsverband ungeheure Summen gebracht. Und wo bleibt dessen Gegenleistung? ...

Im Jahre 1872 erfolgte eine Regulierung. 1881 brach der Damm ungefähr 600 Meter westwärts der heutigen Bruchstelle. Darauf erfolgte 1885 die Aufschüttung. Das ist alles, was man für diese große angebaute Summe außer Schüttung und Ausbesserung gemacht hat.

Hat die „Elster-Rundschau“ dieses verbliebene Material etwa nicht getannt oder darf der mit h. geschilderte Berichterstatter darüber

Wir Kommunisten sehen unsere wichtigste Aufgabe nunmehr darin, die schreckliche Not der Betroffenen zu lindern und stellen daher die Frage:

Welche Forderungen sind berechtigt?

Die Hauptforderung ist und bleibt:

Übernahme der Wasserwirtschaft der Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung auf die Provinz.

Dieser Forderung folgen die auf

Aufstellung der Regulierungsverbände, Heranziehung der Industrien in erhöhtem Maße, die hauptsächlich an der Verschämmung der Wasserläufe die Schuld haben.

Bis zur Erfüllung dieser Forderungen:

Bildung eines Ausschusses in jedem Dorfe und in jedem Drie zur Erleichterung dieser und der schon vorher genannten Forderungen. Sofortige Einberufung des Kreisrates Liebenwerda.

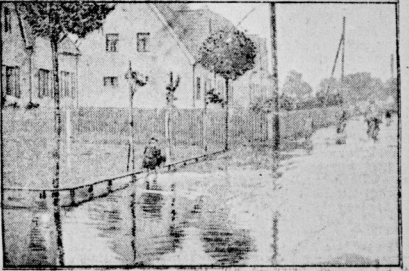
Als Mitglied des Provinzialausschusses stelle ich weiterhin nachstehende Forderung an den Herrn Landeshaupmann, sowie an den Vorstehenden des Ausschusses, Herrn Oberbürgermeister Weber:

Antrag

Der Provinzialausschuß wird sofort zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Tagesordnung: Übernahme der Wasserwirtschaft zweiter und dritter Ordnung in die Regie der Provinz.

Die Begründung wird dem Antrag beigegeben.

Die Geschädigten müssen jetzt unmittelbar den Kampf um die volle Entschädigung aufnehmen. Bei diesem Kampfe werden



Überflutete Straße in Müdenberg

die volle Unterstützung der Kommunisten in und außer dem Parlament finden.

A. Holzwehig, Mitglied des Provinziallandtages.

Sieht so die Hilfsaktion der Regierung aus?

Von einem Kleinbauern

Wie schon gemeldet, vernichtete am 1. Juli ein Hagelschlag von bisher noch nie erlebter Wucht, in großen Teilen der Kreise Zeitz, Weißenfels, Merseburg, Freital, Sachsen und Kreis Zeitz, die Ernte fast. Seitenswie haben sogar die Hagelversicherungen den Schaden auf 100 Prozent geteilt. 60 bis 70 Prozent der Landwirte, meistens Kleinbauern, sind nicht versichert. Ein jeder, der etwas von der Landwirtschaft versteht, wird wissen, daß unter diesen Umständen es den Richterhöfen unmöglich ist, weiter zu erklären bzw. ihre Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Es fehlt das Saatgetreide, das Futtergetreide, das Saatgetreide und dann das Geld zum Kaufen des Düngers.

In den kleinen Wirtschaften ist die Haupteinkommensquelle die Viehzucht. Für das Vieh braucht man aber Futter, und zwar Getreidekörner usw. Selbst haben wir kein Getreide und Geld zum kaufen ebenfalls nicht. Bei einem Schweinepreis von 55 Mark pro Zentner und Futtermittelpreis von 13 bis 14 Mark pro Zentner Schrot, legt man schon viel Geld für das Futter für das Schwein zu und leistet die Arbeit extra noch dazu. Das Kindvieh werden wir soweit wie möglich reduzieren müssen. Verkauft man aber ein Kind, so bekommt man 300 bis 400 Mark dafür und wenn man dann wieder eins zur Zucht kauft, muß man den doppelten Preis und mehr zahlen. Es werden also immer 250 bis 300 Mark ausbleiben.

Nach dem Unwetter erschien in der bürgerlichen Presse die Notiz: „Eine Hilfsaktion der Regierung ist eingeleitet worden.“ Was ist bisher geschehen? Regierungspräsident Gräuner hat mit den Landräten der Kreise die Unwertigkeit „bestätigt“. In ein paar Tage später kamen einige Beamte des Finanzamtes in Weißenfels durch den Landbauführer M. A. S. Meyer. Ein Teilmann wurde auch durch die schönen Worte: „Für Handel gibt es nicht es schon nicht begreifen lassen, so hat es aber doch einmal gehandelt.“ Doch die meisten nicht verstanden sind, weil sie schlechte Erfahrungen gemacht haben oder die hohe Prämie nicht aufbringen können, davon hat er nichts gesagt.

Was ist nun zu fordern?

1. Sicherstellung von Saatgetreide
2. Beschaffung des Saatgetreides und Düngers
3. Schaffung von Futtergetreide
4. Unentgeltliche Ernte der Getreide!
M. B. Landwirt, Sachsen, Volk Zeitz.

DER HEINRICH WANDT

des Verfassers des weltbekannten Buches

„Etappe Gent“ neuestes Werk

erschient ab 1. August

erstmals in der Presse

im „Klassenkampf“

Arbeiter, bestellt noch heute Eure Zeitung

VON POTSDAM

Arbeiter, bestellt noch heute Eure Zeitung

nichts schreiben, um seinen Auftraggebern nicht die Masse vom Gesicht zu reißen? Nun noch einiges.

Herrn Affizier Laubert ins Stammbuch.

Glauben Sie vielleicht, Sie müssen den Geschädigten, wenn Sie einen kommunistischen Kreisaußschuß abgeordnet, der nicht lang nicht geschädigt hat, wo Sie selbst sich in den Fahren geteilt haben, der dem Reichsausschuß verurteilt werden? Können Sie die Arbeit der Erntelosigkeit beistimmen? Es gibt deren so viele. Hätte der Kreis die Erntelosigkeit beistimmen und die Dämme in der Zeit, es noch möglich war, verstärkt, hätte der Kreis als Aufsichtsbeförderung der Regulierungsarbeiten die Verpflichtung aufzuerlegt, Lager mit nutzbares Material zu unterhalten, hätte ein solches Unheil verhindert werden können. Oder ist etwa der „Klassenkampf“ ein so ein Bagger, der zur Rettung angelegt wurde, geeignet, das Ansehen der Kreisverwaltung zu geben?

Nein, nochmals! Verlassen Sie nicht mit bezerrigten Verurteilungen „porritisch“ zu kommen, sondern sind Sie sich Ihrer Pflichten bewußt!

Wir glauben wenig, daß die Wirtschaftswirtschaften selbst durch die grauenvollen Ereignisse härt. Das Unglück ist nun einmal geschehen und wir haben an ihnen Verzeihen gesagt, was es auf der Erde hat. Das soll uns aber nicht anhalten.

Bitterfelder Genossen beim Vertrieb der Antifriesenmarken Mit einem Witzraun ging ich los, um meine Marken umzu-

antwort: Das Bitterfelder Tageblatt! Ich fragte den Arbeiter: Sieht denn da nichts dritt vom komm-

Ich gab ihm einen „Kassentamp“... Ich glaube, wenn jeder Genosse und jede Genossin, jeder Kamerad

Da nun jeder fünf Antifriesenmarken erhalten hat, schlage ich allen Genossen vor, geht von Haus zu Haus, da ist für uns die beste Propaganda für die Partei.

Zober einzelne muß sich sagen: Die Partei braucht viel Geld, diesen gigantischen Kampf zu führen.

Ein KRB-Kamerad als Opfer der Autoraferei Auf dem Nachjahrsfest vom Roten Treffen folgten

Auf dem Festmahl vom Roten Tag in Grünhainichen-Jöhrenwisch wurde am Sonntag, dem 24. Juli, zwischen 6 1/2 Uhr, zwischen

Die KRB-Kameraden aus Wittenberg... Als Opfer des Profits gefaßt Am Sonnabend fand in Wittenberg die Besetzung des durch

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Als Opfer des Profits gefaßt... Auf neue hat die Besetzung gezeigt, daß es die Arbeiterschaft

Zu Punkt vier: Prüfung der Schwanmiste, werden dieselben... Gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion wurde dem

Zur ein städtisches Kranenhaus sind keine Mittel vorhanden, trotzdem dies von der SPD-Fraktion schon laudable

Zustimmung wird dem Antrag des Magistrats für die Entwässerung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Zustimmung wird der Vorlage für die Hochwassererschließung

Ein Bahnübergangsvorfall vor Gericht

Der Lokomotivführer sollte für die Schuld herhalten Im Januar fuhr ein nach Halle fahrender D-Zug in den Rang-

Bitterfeld. Am Mittwoch, dem 27. Juli, abends 8 Uhr, fort-

Bitterfeld. Bis zum Mittwoch, dem 27. Juli, müßten alle

Bitterfeld. Am Dienstag, dem 26. Juli, abends 8 Uhr,

Solmsweide. Arbeiterportale! In der nächsten Ar-

Wittenberg. Für die Vorgänge greifen die Polizei

Dobbin. Vier verunglückte der circa 70 Jahre alte Aus-

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Die toten Wiener

Revolutionäre mahnen die: Selbst den Wiener Volkswirtschaft!

Zeichnet die Sammellisten der Roten Hilfe!

selben Summen zur Verfügung gestellt haben. Zum Schluß wurde

Von der kommunistischen Fraktion wird der Wunsch ausgedrückt,

In der Profithöhle eingeschlossen

Die Grubenkatastrophe auf „Auguste Viktoria“ - Jünf Bergarbeiter als Opfer

Nach Bekanntwerden des Wassereintruchs in die Grube „Auguste

In einer Breite von über 200 Metern befindet sich ein über

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

in etwa 200 Meter Tiefe der Wassereintruch

erfolgt. Die Nachschicht sowie die Vorgesetzten aller Tage

Ein Bahnübergangsvorfall vor Gericht

Der Lokomotivführer sollte für die Schuld herhalten

Im Januar fuhr ein nach Halle fahrender D-Zug in den Rang-

Bitterfeld. Am Mittwoch, dem 27. Juli, abends 8 Uhr, fort-

Bitterfeld. Bis zum Mittwoch, dem 27. Juli, müßten alle

Bitterfeld. Am Dienstag, dem 26. Juli, abends 8 Uhr,

Solmsweide. Arbeiterportale! In der nächsten Ar-

Wittenberg. Für die Vorgänge greifen die Polizei

Dobbin. Vier verunglückte der circa 70 Jahre alte Aus-

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

Sprachstunden der Station täglich ab 4 Uhr morgens und Sonntags von

